

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 13.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 28. März 1913.

Inserationspreis für die viersp. Pettzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionsschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.



Am 29. März d. J. wird die  
Geschäftsstelle des Zentralverbandes  
christlicher Holzarbeiter Deutschlands  
in Cöln, von Palmstraße 14 nach

## Genloerwall 9

verlegt. Von genanntem Tage an sind sämtliche Zuschriften an die neue Adresse zu richten.

Die Zahlstellen werden gebeten, in den letzten Tagen des Monats den Umzug der Geschäftsstelle zu berücksichtigen.

Ab 1. April d. Js. gilt die obengenannte Adresse für sämtliche Büros der christlichen Gewerkschaften in Cöln, auch für das Generalsekretariat und den Gewerkschaftsverlag.



## Das Gebot der Stunde.

Die Verträge der großen Tarifgruppe 1913 sind ziemlich unter Dach und Fach. Nach all den Aufregungen der letzten Wochen, wobei der Gedanke an einen großen Kampf bei den Kollegen die Hauptrolle spielte, können wir jetzt die Erfolge der angestrengten Tätigkeit einheimen. Mögen hier und da kleinere Gruppen noch nicht einig sein, ihre Konflikte treten zurück gegenüber dem erzielten großen Gesamterfolg.

Bereits haben die Kollegen — mit verschwindend geringen Ausnahmen — die erhoffte Lohnerhöhung unter der Herrschaft der neuen Verträge erhalten. Im großen und ganzen wird der Erfolg von den Kollegen anerkannt. Der Wert der Organisation ist ihnen wieder neu vor Augen geführt.

Die erzielten Erfolge sind nicht nur materieller, sondern auch ideeller Art. Wer hätte noch vor 20 Jahren daran gedacht, daß wir heute bereits die Gleichberechtigung in dem Umfange erzielt hätten. Damals gebot der Arbeitgeber noch alles. Er bestimmte Lohn und Arbeitszeit und regierte als absoluter Herrscher in seinem Reiche, die „Guten“ belohnend, die „Bösen“ strafend. Wohl den Wenigen, denen die Gnadenbrot des Arbeitgebers schien. Aber die Mehrzahl der Gesellen und Arbeiter hatte davon nichts. Ihnen war das Wohlwollen des Arbeitgebers lediglich der Ausfluß eines nicht mehr zeitgemäßen Absolutismus. Die „Industrieuntertanen“ strebten das Industrie-Bürgerrecht an. Nicht nur Pflichten, wollten sie auf sich nehmen, sondern auf der anderen Seite auch Rechte, statt des Wohlwollens dafür haben. Die Erkenntnis der Schwäche des Einzelnen schuf die Organisation. Und sie war es, die uns stark machte, die uns von Erfolg zu Erfolg führte.

Daß wir Industriebürger geworden sind, die sich des Wertes konstitutionellen Systems bewußt sind, das zeigten uns die letzten Tarifverhandlungen. Nicht der Arbeitgeber diktiert mehr die Arbeitsbedingungen; die Arbeiter reden mit. Und ihr Mitreden ist nicht formaler Natur. Sie bestimmen mit. In wochenlangen Beratungen sind alle die Einzelheiten durchprochen und geregelt worden, die den Inhalt des Arbeitsvertrages bilden. Die Erfahrungen der Vergangenheit waren Ratgeber. Unsere Kollegen haben gezeigt, daß sie der Situation gewachsen waren. Mit diplomatischem Geschick haben sie gefächelt, taktiert und laviert, bis sie den Erfolg erzielten. Die Arbeitgeber werden dabei manchmal keinen leichten Stand gehabt haben. Jedenfalls aber müssen sie aus den Verhandlungen die Lehre gezogen haben, daß ein Stand, der seine Rechte so verächtlich, Anrecht auf das volle Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die ihn interessieren, haben muß. Zweifelsohne aber wird auch mancher Arbeitgeber sich nur widerwillig den Verhandlungen unterzogen haben, der „schönen Zeiten“ gedenkend, wo derartige noch nicht notwendig war und er allein zu bestimmen hatte.

In den Verhandlungen liegt ein großer Erfolg des Arbeiterstandes. Wie war's denn ehemals? Galt es Waren zu verkaufen, dann wurden dieserhalb Verträge gemacht und Ströme von Tinten um den Abzug leblicher Dinge wurden vergossen. Aber der Arbeiter war in seiner Würde berart

entwertet, daß man nicht einmal ein mündliches Abkommen, geschweige denn ein schriftliches über die Arbeitsbedingungen für notwendig hielt. Gott sei dank ist das anders geworden. Unsere modernen Tarifverhandlungen sind Beweise, daß die Menschenwürde und die Persönlichkeit des Arbeiters eine andere Wertung erfahren haben, erfahren mußten, durch das Drängen der Gewerkschaften. Diesen Erfolg sollten wir zu schätzen wissen.

Und die materiellen Erfolge? Berufsmäßige Schwarzseher und Mörgler streiten solche ab. Wer offenen Auges durch die Welt geht, sich einen klaren Blick bewahrt hat, der sieht auch den Gewinn gewerkschaftlicher Betätigung. Blicken wir zehn Jahre zurück und vergleichen wir die Arbeitsbedingungen von damals mit den heutigen, so ergibt sich trotz aller Teuerung ein Aufsteigen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Nur ein Tor wird das bestreiten. Was aber dann, wenn wir die Gewerkschaften nicht gehabt hätten? Wäre die Verteuerung der Lebensbedürfnisse nicht auch ohne sie gekommen? Ohne Zweifel! Das Gegenteil läßt sich behaupten von den Lohnsteigerungen. So haben die Gewerkschaften nicht nur die Lebenshaltung der Arbeiter auf dem gleichen Niveau gehalten, sondern sie noch ganz ansehnlich zu steigern gewußt.

Diese Arbeit, wie sie unser Verband verrichtet, ist keine zeitweilige. Sie ist eine regelmäßige und andauernde. Mit der Erledigung einer großen Tarifbewegung ist die Tätigkeit des Verbandes nicht erschöpft. Und weil sie das nicht ist, muß sich auch ein Erfolg an den anderen reihen. Den besten Beweis dafür erbringen uns die Aenderungen in den laufenden Tarifverträgen, die in der vorliegenden Nummer bekannt gegeben werden. Nicht weniger wie 73 in früherer Zeit abgeschlossene Tarifverträge sehen für den Monat April d. J. Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor. Mit berechtigtem Stolz können wir auf diese Errungenschaften unseres Verbandes hinweisen.

Es ist unser Verband, der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, der solches erreichen konnte. Was beweist das? Daß wir hinter keiner anderen Holzarbeiterorganisation in der Verfechtung der Interessen der Kollegenschaft zurückstehen! Unser Verband hat sich im deutschen Holzgewerbe eine Position geschaffen, aus der ihn die schärfste Bekämpfung nicht herausdrängen vermag. Was will es z. B. besagen, wenn angesichts derartiger Erfolge man behauptet, unsere Organisation propagiere den Streikbruch, des Verbandes Mitglieder wären Streikbrecher? Der so redet, den strafen die Tatsachen offen Lügen. Nur ein verbohrtes Gehirn kann den Gedanken fassen, daß die Interessen der Holzarbeiter im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter schlecht vertreten würden.

Uns lehren die Erfolge des Verbandes vor allem, daß wir keine Ursache haben, unseren Idealen untreu zu werden. Begründet als eine gewerkschaftliche Organisation derjenigen Holzarbeiter, die ihrem Gotte, ihrer Kirche, ihrem Vaterlande die Treue bewahren wollen, die sich mit dem Eintritt in eine gewerkschaftliche Organisation nicht verpflichten konnten, ihre Ideale durch die gleiche gewerkschaftliche Organisation bekämpfen zu lassen, hat sich unser Verband durchgesetzt. Heute sind wir Gott sei Dank so weit, daß kein christlich und national denkender Holzarbeiter den Gottesglauben und Vaterlandsliebe bekämpfenden sozialdem. Gewerkschaften beizutreten gezwungen ist. Unser Verband hat die Bahn frei gemacht für alle, deren Wille stark genug ist, der sozialdemokratischen Tyrannei zu entgehen. Nicht den geringsten materiellen Nachteil haben jene Holzarbeiter zu befürchten, die das sozialdemokratische Joch abschütteln. Unsere Klassenverhältnisse sind so gesund, wie sie nur sein können; unsere Unterstützungseinrichtungen sind unübertroffen; unsere gewerkschaftlichen Erfolge liegen offen vor und bezeugen die Arbeitsenergie, die dem Verbands innewohnt.

So stehen wir heute da; getrost der Zukunft ins Auge schauend. Unüberwindlich ist unsere Organisation, wenn ihr die Mitglieder die Treue bewahren und fortgesetzt an ihrer weiteren Stärkung arbeiten. Die Gegner rasen nicht und wir müssen unsere Kräfte steigern, wenigstens im gleichen Verhältnis wie sie es tun. Da erscheint dann gerade jetzt, nach den großen Erfolgen der letzten Zeit die Mahnung an unsere Mitglieder angebracht, die Zeit zu nutzen und unter Hinweis auf die Tätigkeit des Verbandes, neue Mitglieder zu werben. Wenn jetzt der Nutzen der Organisation noch nicht beizubringen ist, der wird ihn nie begreifen. Benutzen wir deshalb die außerordentlich günstige Gelegenheit

und stürmen wir die Burg des Indifferentismus. Wo der gute Wille vorhanden, da läßt sich auch etwas erzielen. Drum drauf und dran! Freiwillige vor! Wer heute im Kampfe für seine Organisation, für den Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands noch zurückbleibt, der ist der Erfolge des Verbandes nicht wert.

## Aenderungen in unseren Tarifverträgen.

Die vom Zentralverbande christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgeschlossenen Tarifverträge sehen für den Monat April d. J. die aufgeführten Verbesserungen vor, die zu den genannten Terminen in Kraft treten:

**Nachen** (Schreinergerwerbe). Die bisherigen Stundenlöhne werden am 1. April um 2 Pfg. erhöht. Auf Akkordpreise findet die Lohnerhöhung entsprechende Anwendung. Der Durchschnittslohn für Schreiner und Maschinenarbeiter erhöht sich auf 50 Pfg. pro Stunde. Die wöchentliche Arbeitszeit wird auf 55 Stunden verkürzt.

**Krusberg** (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner erhöht sich am 1. April auf 45 Pfg.

**Wschaffenburg** mit Goldbach und Aizenau (alle Betriebe der Schreinerei und Holzbearbeitung). Der Mindestlohn der Schreiner und Maschinenarbeiter unter 20 Jahren erhöht sich am 1. April von 33 auf 39 Pfg. die Stunde; der Mindestlohn der Schreiner und Maschinenarbeiter über 20 Jahre erhöht sich von 43 auf 44 Pfg. Auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pfg. die Stunde. Wo Akkordarbeit besteht, werden die Akkordpreise den Lohnzulagen entsprechend erhöht.

**Kugshaus** mit Lechhausen, Oberhausen, Pfersee, Kriegshaber und Söggingen (Schreinergerwerbe). Der Mindestlohn für Gesellen vom 3. Gesellenjahr ab erhöht sich am 1. April auf 42 Pfg. Der Mindestlohn der Gesellen, die das 23. Lebensjahr zurückgelegt haben, erhöht sich auf 46 Pfg. die Stunde.

**Hamburg** (Firma Tobias Bohrer, Bauerschreiner). Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. April von 57 auf 56 Stunden verkürzt. Für alle Bauerschreiner, Wagner, Maschinenarbeiter, Schneidhäger und sonstigen Hilfsarbeiter wird der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht.

**Hamburg** (Firma Nikolaus Köffert). Der Stundenlohn erhöht sich am 1. April für alle Arbeiter um 2 Pfg. Die wöchentliche Arbeitszeit wird um eine Stunde verkürzt.

**Bedum, Stadt und Land, Neubedum, Ennigerloh und Bellen** (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn der Schreiner und der in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechler, Beizer, Polierer und Bildhauer wird am 15. April von 45 auf 46 Pfg. die Stunde erhöht. Für Maschinenarbeiter stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. die Stunde höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10% niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein als 15% unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf die Akkordlöhne findet die Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung.

**Bodrum** (Tapetiererei, Polsterer- und Dekorateurgerwerbe). Auf alle bisher gezahlten Stundenlöhne erfolgt am 1. April ein Aufschlag von 1 Pfg.

**Boltrop** (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigten Drechler, Beizer und Polierer wird am 15. April von 56 Pfg. pro Stunde auf 57 Pfg. erhöht. Für Maschinenarbeiter stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. pro Stunde höher, als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10% niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gesellenjahres darf nicht niedriger sein wie 15% unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. pro Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohnerhöhung sinngemäße Anwendung.

**Bremen** (Verein der Bremer Holzhandler). Der Normalstundenlohn für Arbeiter, welche im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, beträgt ab 1. April 50 Pfg. In den Hobel- und Sägewerken gelten ab 1. April folgende Stundenlohnätze: Hobler, Wägenhäger, Schleifer und Hobler an großen Reihmaschinen 58 Pfg.; Minimallohnatz für Hobler an kleinen Reihmaschinen 56 Pfg.; Minimallohnatz für Maschinenarbeiter an anderen als den vorstehenden Maschinen 51 Pfg.; Minimallohnatz für jugendliche Maschinenarbeiter von 16—17 Jahren 29 Pfg.; Minimallohnatz für jugendliche Maschinenarbeiter von 17—18 Jahren 33 Pfg.; Lohnatz für Hilfsarbeiter an den Maschinen 51 Pfg.; Minimallohnätze für jugendliche Arbeiter von 14—15 Jahren 19 Pfg., von 15—16 Jahren 24 Pfg., von 16—17 Jahren 27 Pfg., von 17—18 Jahren 31 Pfg.; Lohnatz für Tischler 56 Pfg. Der Wochenlohn für Fuhrleute erhöht sich auf 28,60 Mk. Die mit 59 Pfg. Stundenlohn bezahlten Hobler und Schleifer der Firma Rud. Schmedes, erhalten 60 Pfg. Stundenlohn.



Mindelheim (Schreinergerwerbe). Die bisherigen Stundenlöhne werden am 1. April um 1 Pfg. erhöht.

Mühlberg (Möbelfabrik Anton Rubensberger). Der Mindeststundenlohn für Gehilfen im dritten Jahr nach beendeter Lehre erhöht sich am 1. April auf 44 Pfg. Die bisherigen Stundenlöhne werden um 2 Pfg. erhöht.

Mühlhausen im Elß und die Orte Dornach, Lutterbach, Pfaffstätt, Burgweiler mit Struch, Illzach mit Mosenheim und Napoleonsinsel, Niedisheim und Brunstatt (Schreinerbetriebe der Innungsmeister). Der Mindeststundenlohn für Schreiner und Maschinenarbeiter über 25 Jahren erhöht sich am 1. April auf 58 Pfg.; für Arbeiter von 22 bis 25 Jahren auf 54 Pfg.; für Arbeiter nach dem 1. Gefellenjahr bis zum 22. Jahr auf 51 Pfg.; für Gesellen im 1. Gefellenjahr erhöht sich der Mindestlohn auf 39 Pfg. Arbeiter, die über diese Lohnsätze verdienen, erhalten 2 Pfg. Zuschlag auf ihre bisherigen Stundenlöhne.

Mühlheim-Mühr (Schreinergerwerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. April von 58 auf 57 Stunden verkürzt. Es wird täglich 9 1/2 Stunden gearbeitet. Auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 2 Pfg. Der Durchschnittslohn erhöht sich auf 54 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter beträgt 4 Pfg. mehr.

München (Tapezierergewerbe). Am 1. April erhöhen sich die Mindestlöhne für Gehilfen, die mindestens ein Jahr aus der Lehre sind, von 42 Pfg. auf 43 Pfg.; für Gehilfen die mindestens zwei Jahre aus der Lehre sind, von 46 Pfg. auf 47 Pfg.; für Gehilfen, die mindestens drei Jahre aus der Lehre sind, von 50 Pfg. auf 51 Pfg. Tüchtige Arbeiter erhalten nicht unter 61 Pfg. Stundenlohn. Die Löhne sämtlicher Gehilfen werden um 2 Pfg. pro Stunde erhöht.

München-Gladbach (Schreinergerwerbe). Sämtliche Arbeiter erhalten auf die bisherigen Stundenlöhne eine Erhöhung von 2 Pfg. am 1. April. Der Durchschnittslohn der Schreiner steigt auf 48 Pfg. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung. Der Durchschnittslohn der ständigen Maschinenarbeiter ist um 3 Pfg. pro Stunde höher als der der übrigen Schreiner.

Nenburg a. D. (Schreinerbetriebe). Am 1. April erfolgt eine allgemeine Lohn-erhöhung von 2 Pfg. die Stunde. Die Mindestlöhne für Gehilfen im zweiten resp. dritten Jahr nach beendeter Lehrzeit erhöhen sich auf 32 bzw. 37 Pfg. die Stunde.

Neustadt Oberschlesien (Tischlergerwerbe). Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden am 1. April um 2 Pfg. erhöht. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Nelbe (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigte Drechsler, Beizer und Polierer wird am 15. April von 41 Pfg. auf 42 Pfg. erhöht. Für Maschinenarbeiter stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. pro Stunde höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10% niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gefellenjahres darf nicht niedriger sein als 15% unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 2 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Niederrhein (Möbelfabriken). Die wöchentliche Arbeitszeit wird vom 1. April von 57 auf 56 Stunden herabgesetzt. Samstags ist eine Stunde früher Feierabend. Der Durchschnittslohn für Tischler erhöht sich auf 48 Pfg.; für Maschinenarbeiter, Pader, Montierer und Hilfsarbeiter nach zweijähriger Beschäftigung als solche auf 36 Pfg. Auf alle bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pfg. pro Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Offenbach mit Bürgel. (Alle Betriebe der Tischlerei, Holzbearbeitung und Fensterschneiderei) Am 1. April erfolgt auf sämtliche bisher bezahlten Löhne ein Zuschlag von 1 Pfg. die Stunde. Der Durchschnittslohn steigt auf 57 Pfg.

Paderborn (Werksstätten Bernard Stadler, Schreinerbetriebe). Der Durchschnittslohn für Schreiner, Beizer und

Polierer erhöht sich am 1. April von 47 auf 48 Pfg. Für Bildhauer und Maschinenarbeiter, die ein Jahr im Betriebe sind, stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher. Sämtliche Bildhauer, Tischler, Beizer und Polierer erhalten eine Erhöhung des bisher verdienten Stundenlohnes von 1 Pfg.

Paderborn (Werksstätten Bernard Stadler, Polierbetriebe). Der Durchschnittslohn für Polierer wird am 1. April von 47 auf 48 Pfg. erhöht. Zu gleichem Zeitpunkt werden die bisher bezahlten Stundenlöhne um 1 Pfg. aufgebessert.

Pöfen mit Glowno, Winiary, Dembsen und Gurtzschin (Alle Betriebe der Russischerei). Der Stundenlohn eines jeden Arbeiters erhöht sich am 1. April um 1 Pfg. Der Mindeststundenlohn steigt auf 43 Pfg. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 58 1/2 Stunden auf 57 Stunden verkürzt.

Schneidemühl (Tischlergerwerbe). Die bestehenden Stundenlöhne erhöhen sich am 1. April um 2 Pfg. Der Mindeststundenlohn wird auf 40 Pfg. erhöht. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 60 Stunden auf 60 Stunden herabgesetzt.

Selm-Vort (Firma H. Wellenkamp). Der Durchschnittslohn für Schreiner, Drechsler, Beizer und Polierer erhöht sich am 15. April auf 51 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn für Maschinenarbeiter stellt sich um 5 Pfg. höher. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10% niedriger als der Durchschnittslohn.

Speyer (Schreinergerwerbe). Auf die bisher bezahlten Löhne wird am 1. April 1 Pfg. pro Stunde zugelegt.

Steinau mit Steinadorf D. S. (Tischlergerwerbe). Die bisher geltenden Stundenlöhne werden am 1. April um 2 Pfg. erhöht.

Stelberg (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn erhöht sich am 1. April auf 48 Pfg.

Straubing (Schreinergerwerbe). Die Löhne der Bau- und Möbelschreiner, sowie der Maschinenarbeiter werden am 1. April um 1 Pfg. die Stunde erhöht. Der Mindeststundenlohn für Gesellen im zweiten Jahre nach beendeter Lehre erhöht sich auf 39 Pfg.; für Gesellen im dritten Jahre nach beendeter Lehre auf 45 Pfg.

Telgte (Schreinergerwerbe). Auf sämtliche bisher bezahlten Löhne wird am 1. April ein Zuschlag von 1 Pfg. gewährt.

Telgte (Schreinergerwerbe). Alle Gesellen erhalten am 1. April eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Der Durchschnittslohn steigt auf 53 Pfg. Der Durchschnittslohn für perfekte Maschinenarbeiter, die ununterbrochen an der Maschine arbeiten, ist um 3 Pfg. höher. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Trieren (Firma G. P. Adrians & Co.). Auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pfg.

Trieren (Firma L. Hausen, Dampf-Schreiner). Der Durchschnittslohn der Schreiner erhöht sich am 1. April von 53 auf 54 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter ist um 3 Pfg. höher. Auf alle bezahlten Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeiten finden die Lohn-erhöhungen sinngemäß Anwendung.

Trieren (Firma Ludwig Kuhlmann). Der Durchschnittslohn der Schreiner erhöht sich am 1. April von 50 auf 51 Pfg., der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter ist um 3 Pfg. höher, die bezahlten Stundenlöhne erhöhen sich um 1 Pfg., der Zuschlag findet bei Akkordarbeit sinngemäß Anwendung.

Waltrop (Schreinergerwerbe). Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigte Drechsler, Beizer und Polierer wird am 15. April von 52 auf 53 Pfg. erhöht. Für Maschinenarbeiter stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gefellenjahres darf nicht niedriger sein wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Waane Amt und Gidel Amt (Schreinergerwerbe). In den Betrieben, wo eine längere Arbeitszeit besteht, wird diese am 15. April auf 57 Stunden herabgesetzt. Der Durchschnittslohn für Schreiner und in Schreinerbetrieben beschäftigte Drechsler, Beizer und Polierer wird am 15. April von 55 auf 56 Pfg. erhöht. Für Maschinenarbeiter stellt sich der Durchschnittslohn um 5 Pfg. pro Stunde höher als der der übrigen Schreiner. Die unterste Lohngrenze für Schreiner ist um 10 Prozent niedriger als der Durchschnittslohn. Die unterste Lohngrenze für Gesellen des zweiten Gefellenjahres darf nicht niedriger sein wie 15 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. die Stunde. Auf Akkordarbeit findet die Lohn-erhöhung sinngemäß Anwendung.

Warendorf (Zimmereibetriebe von Ahmerkamp und Wittenbrink). Am 1. April tritt eine Lohn-erhöhung von 1 Pfg. pro Stunde in Kraft.

Weinheim (Firmen Bauer & Walter und Fried. Friedrich). Für alle Arbeiter erfolgt am 1. April ein Zuschlag auf die Stundenlöhne von 2 Pfg.

Wesel (Schreinergerwerbe). Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. April von 60 auf 59 Stunden gekürzt. Die Kürzung erfolgt auf den Samstag nachmittag. Auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 2 Pfg. Der Durchschnittslohn erhöht sich auf 48 Pfg. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiter beträgt 5 Pfg. mehr.

Wiesentheid (Möbelfabrik Fey). Der Mindestlohn erhöht sich am 1. April auf 41 Pfg. Die Stundenlöhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich um 2 Pfg.

Worms (Alle Betriebe der Schreiner- und Holzbearbeitung in Worms und Vororten). Auf sämtliche Stundenlöhne erfolgt am 1. April ein Zuschlag von 2 Pfg. Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 58 auf 57 Stunden verkürzt.

### Von der Arbeitsteilung.

#### II.

Eine große Anzahl minderwertiger Arbeitskräfte kann in der Großindustrie mit Massenfabrikation deshalb Verwendung finden, weil diese Industrie mit automatischen Maschinen ausgerüstet ist, sie nur mehr Bedienung und Zuführung des Arbeitsmaterials verlangen, also gar keine technische Geschicklichkeit mehr voraussetzen. So teilte ein Betriebsleiter dem Verfasser mit, daß man die Schraubendreher, die die Automaten bedienen, jeden Tag von der Straße wegholen könne. Durch die Vervollkommnung der maschinellen Einrichtung wird dies ermöglicht, daß statt der gelehrten Arbeiter ungelehrte und angelehrte Arbeiter (z. B. Fräser, Hobler, Bohrer) und besonders Frauen verwendet werden können. In 4 Wochen sind diese meist angelehrt und während dieser Zeit erhalten sie auch meist schon Bezahlung. Sobald sie sich die erforderlichen Fertigkeiten angeeignet haben, werden sie im Afford beschäftigt und verdienen dann auch in kurzer Zeit denselben Lohn, wie ihre Mit-arbeiter.

Vervollkommnung der Maschine und Arbeitsteilung im Großbetrieb sind die zwei Tatsachen, die die verlangte Arbeitsleistung so vereinfachen, daß jeder gelehrte Arbeiter nach kurzer Uebergangszeit wirtschaftlich beschäftigt werden kann und ferner, daß vielfach statt gelehrten Arbeitern angelehrte Arbeiter und Frauen wirtschaftliche Beschäftigung finden können.

An der Hand zweier eingehender Untersuchungen über die Arbeiterverhältnisse in der Berliner Feinmechanik (Entlohnungsverfahren und Arbeiterverhältnisse in der Berliner Feinmechanik) hat der Verfasser zuerst einmal betont, daß ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen der Arbeitsteilung des Klein- und Mittelbetriebes und der des Großbetriebes. Die betriebstechnische Arbeitsleistung des Großbetriebes geht bis auf die einzelnen Arbeitssätze (die Betriebstechniker sagen: Arbeitselemente) herab. Z. B.: Eine Telefonkline besteht aus einem von verschiedenen parallelen Löchern durchbohrten kleinen Brettchen aus Hartgummi. In dieses Brettchen sind Rührer einzuziehen, denen die Rassen umzubiegen und Federn durchzuziehen sind. Früher machte dies eine Arbeiterin in der geschicktesten Weise nacheinander. Als aber die 3 Arbeitselemente: Röhreneinziehen, Rassen umzubiegen und Federeinziehen in 3 Akkorde an 3 verschiedene Arbeiterinnen vergeben wurde, da erzielte man eine wesentliche Kostenersparnis. Ein solches Hinabgehen bis auf die letzten Arbeitssätze ist für den Klein- und Mittelbetrieb (ein Mittelbetrieb, der sich einen oder wenige bestimmte Artikel spezialisiert, kann die Arbeitsteilung soweit treiben, daß auch ihm die Verwendung von angelehrten Arbeitern und Frauen möglich ist) unmöglich, weil ihm die Massenproduktion fehlt. Es hat keinen Sinn, einen Arbeiter in einer halben Stunde 12 Teile fräsen zu lassen, um ihn in den nächsten Stunden zugleich an 60 anderen Teilen höher bohren zu lassen. Der Mittelbetrieb hat nicht soviel Arbeit zu vergeben, um seine Arbeiter regelmäßig mit den einfachsten Arbeitsoperationen, mit der Wirkung beschäftigt zu können, daß sie durch immerwährende Wiederholung dieser einfachsten Arbeitsoperation eine ohne diese unerreichbare Fertigkeit erlangen.

Es hat aber auch die Folge, daß vom Durchschnittslohn des Großbetriebes nicht eine möglichst vollständige und vielfältige handwerksmäßige, technische Fertigkeit, sondern ausschließlich die Befähigung verlangt wird, durch die auf die Spitze getriebene Ausbildung einer engbegrenzten, einseitigen Fertigkeit, in gegebener Zeit die größte Zahl von Produkten herzustellen. Verlangt wird (wie Cornelissen ausführt) vom gelehrten Arbeiter eine große Präzision der Ar-

neuem wieder hervor zu zaubern. Gewiß hüßte die Maschinenware allerlei Persönliches ein; aber sie blieb doch immerhin noch gut. Schon die Wahl des Materials ward viel sorgfältiger getroffen; denn eben der gute Rohstoff war ja die erste Vorbedingung für die spätere gute Form. Auch seine besondere Struktur heischte bei der Bearbeitung peinliche Aufmerksamkeit. Schon diese beiden Momente mußten mit Notwendigkeit dazu führen, daß ein gut Stück von der früheren rein mechanischen Arbeit des Mannes am Maschinenhebel verloren ging. Für den ungelerten Arbeiter war hier kaum noch Platz. Hier mußte hinfort einer stehen, dem die Sache nicht euerisch war, der etwas von ihr verstand und es fertig brachte, auch der starren Maschinenprache etwas von seinem Führer einzuverleiben. Und damit er das konnte, galt es mit dem früheren Prinzip des Sehens und Nur-fertig zu brechen. Jedes Produkt mußte zu seinem Werdegang die Arbeitszeit erhalten, die es unbedingt gebrauchte, um nicht zum Ramschartikel hernieder zu sinken. Und hatte dann schließlich die Maschine ihr bestes geleistet, dann war's doch zuguterletzt die Hand, die noch überall zu glätten hatte. Maschinen- und Handarbeit, sie waren verbunden, und der Mann, der beides leistete, er ward zum Kunsthandwerker.

Aber selbst bei der Verwendung der Maschine war's nicht möglich, die kunstgewerblichen Dinge zu dem früheren Großpreis auf den Markt zu bringen. Material und Arbeitsprozeß erforderten andere Aufwendungen. Der Fabrikant mußte anders kalkulieren, mußte mit überzeugenden Worten dem Publikum planförmig machen, daß es unwirtschaftlich sei, Einzelstücke in kurzen Zwischenräumen zehnmal immer wieder anzufertigen, wenn man dafür einen guten Gegenstand vielmals so teuer bezahlte, ihn aber auch

für immer erwerbe. Er mußte immer wieder betonen, daß nicht die Menge des Kleingeräts die Gemächlichkeit des Wohnens bedinge, sondern allein seine Güte, mußte davor warnen, daß jeder Bürger demnach trachte, irgend einen Millionär mit seinem Heim zu kopieren.

Die Ausführung dieser Aufklärungsarbeit übertrug er dem Kaufmann. Der wurde schon durch sein gutes Vorbild erziehllich zu wirken: sein Schaufenster bildete ein Kunstgewerbemuseum im Kleinen, indem es von allem Genrehaften, allen Altappen abjah, und lediglich die schönen Ausstellungsobjekte für sich sprechen ließ. Künstlerische Plakate, Kellamen, Druckfächer taten ferner ihre stille Wirkung. Und nicht selten war's schließlich auch ein zufällig ins Haus geschicktes gutes Gerät, das hier revolutionierte. Wars eine Lampe, ein Teppich oder irgend ein Ding, das sich nun absolut dem übrigen Krempel nicht anpassen wollte, bis man denn dazu kam, mit den Surrogatsachen nach und nach aufzuräumen und sie durch gute Gegenstände zu ersetzen.

Idealismus wars, der unsere Künstler zum kampflosen Vorwärtsschreiten veranlaßte. Idealismus redt in der Arbeit des wagemutigen Fabrikanten. Idealismus ist's auch, der aus der Arbeit des Kaufmanns, des Vermittlers zwischen Hersteller und Verbraucher, spricht. Diese umfassende soziale Arbeit hat Anspruch auf die rechte Würdigung der Menge. Deren Anerkennung spornt zu weiteren Opfern, zu neuen Schöpfungen an und hilft, das „Made in Germany“ zum leuchtenden Ehrentitel zu erheben. Und wer wollte nicht dazu beitragen!

beit, sowie die Fähigkeit, auch quantitativ ein großes Maß von Arbeit zu leisten. Ist diese Doppelfähigkeit einmal erlangt, so ist der Übergang von einem Beruf zum anderen und von einer Industrie zur anderen nicht allzu schwer, weil der Umfang der erforderlichen Kenntnisse und Geschicklichkeiten engbegrenzt ist. Der gelernte Arbeiter wird leichter erforscht, aber seine berufliche Bewegungsfreiheit wird größer: Er kann in mehr Zweigen der Industrie unterkommen.

Im Großbetriebe werden viele Arbeiter, die im Klein- und Mittelbetriebe von gelernten Arbeitern verrichtet werden, von sogenannten an- und ungelerten Arbeitern und Frauen hergestellt. So wird die Arbeit vereinfacht. Aus dieser Tatsache heraus folgert der Verfasser, daß auch unter den gelernten Arbeitern solche Arbeiter im Großbetriebe noch brauchbar sind, die für den Klein- und Mittelbetriebe mit seinen vielseitigen technischen Anforderungen wegen geringer Geschicklichkeit schon nicht mehr verwendet werden können. Dabei geht das Bestreben dahin, das Arbeitsgebiet der gelernten Arbeiter durch Verbesserung der Maschinen zugunsten der angelernten Arbeiter und Frauen auszuweiten. Daraus folgt, daß alle unter die Räder gekommenen Handwerker, die bei der Umwälzung unserer Übergangszeit nicht mehr mitkommen können, als un- und ungelernete Arbeiter im Großbetriebe immer noch unter günstigeren Bedingungen als im Handwerk ihr Brot fressen. Die gelernten Arbeiter, die wegen ungenügender technischer Fertigkeiten vom Klein- und Mittelbetriebe abgestoßen werden, aber in demselben Beruf bleiben, sind den einseitigen Anforderungen des Großbetriebes an die technischen Fertigkeiten immer noch gewachsen.

Eine andere Klasse minderwertiger Arbeitskräfte sind die moralisch oder physisch minderwertigen (hierzu gehören die chronisch intermittierenden Alkoholiker \*). Sie tun in keinem Betriebe lange gut. Von Zeit zu Zeit bekommen sie den Rappel und laufen davon. Von ihnen nimmt Dr. Heiß an, daß das soziale Schwergewicht des Großbetriebes das Bewußtsein, ein Teil einer großen Betriebsgesellschaft zu sein, das Beispiel der übrigen Arbeiter und die strenge, eiserne Disziplin dieser Betriebe wohl geeignet sind, sie längere Zeit bei geregelter Arbeit festzuhalten, als dies bei den laxeren Betriebsverhältnissen des handwerklichen Betriebs der Fall ist.

Durch eine gründliche Untersuchung des Betriebs- und Berufswesens glaubt es Heiß wahrscheinlich gemacht zu haben, daß der Großbetrieb tatsächlich bereits in beachtenswertem Umfange minderwertiger Arbeiter in dem hier geschilderten Sinne beschäftigt. So findet man an den Automaten für die Herstellung von Schrauben (wofür bloß Zufuhr von Material verlangt wird) frühere landwirtschaftliche Tagelöhner, Hutmacher, Schlächter, Bäcker, Friseur usw. beschäftigt. Man sieht hier alle Arten des alten zurückgebliebenen Mittelstandes vertreten; aber auch die gelernten Arbeiter wechseln nicht bloß den Betrieb, sondern auch den Beruf. Ein gelernter Drechsler geht z. B. zum Metallbohrer über, ein Schlosser zur feinmechanischen Arbeit (häufiger noch zum Beruf des Werkzeugmachers). Auch Feinmechaniker spezialisieren sich zu Werkzeugmachern. Wie leicht der Betriebswechsel ist, zeigt folgendes Beispiel: Ein gelernter Uhrmacher geht als Feinmechaniker in einen optischen Betrieb, der sich gerade vom größeren Mittelbetriebe zum Großbetriebe fortentwickelt, dann ist er in einem Spezialgeschäft für Telephon tätig, hierauf in einer Lagemaß- und Phonographenfabrik und später in einer Gasglühbirnenfabrik; nachdem er wieder in die Telephonfabrik zurückgekehrt ist, veranlaßt er später seinen Arbeitsplatz wieder mit der optischen Fabrik. In so zahlreicher Weise werden Beispiele angeführt, daß sie überzeugend wirken.

Auf die Bettler und Landstreicher- oder Armenstatistik zurückzugreifen, um festzustellen, ob sich durch diesen Vorgang die Beschäftigungslosigkeit der Minderwertigen vermindert hat, lehnt der mehrfach erwähnte Verfasser mit Recht ab. Denn die Grundzüge der Armenpflege und der Polizei in der Behandlung jener Schichten haben fortwährend gewechselt (zumeist strenger geworden), so daß man nicht sagen kann, wieviel eines etwaigen Rückganges dieses sozialen Defizits auf Rechnung der veränderten Grundzüge kommt und wieviel auf die tatsächliche Arbeitsbeschäftigung durch den Großbetrieb. Degegen gibt die Berechnung des Verhältnisses der ungelerten Arbeiter zur Gesamtzahl zweier so verschiedener Betriebe wie die Reichsdruckerei von Ludwig Loewe u. Co. und des Bergwerkes (Siemens und Halske) einen Anhalt. Die Zahl dieser Arbeiter wenigstens annähernd zu bestimmen; die regie, die un- und angelernten Arbeiter schätzt Heiß auf etwa ein Drittel der im Großbetriebe beschäftigten Arbeiter. Allein für Preußen kamen dabei 700 000 bis 800 000 Arbeiter zusammen, die der Großbetrieb in der gegebenen Weise beschäftigte hätte.

Natürlicherweise werden die minderwertigen Arbeitskräfte von einem Rückgang des Geschäftslebens eher betroffen, als die tüchtigsten gelernten. Bei sinkender Konjunktur werden fast durchweg die ungelerten Arbeiter und Frauen zuerst entlassen. Unter solchen Verhältnissen vollzieht sich ein Ausleseprozeß zugunsten der weniger tüchtigen und weniger leistungsfähigen Arbeiter. Bekanntlich ist aber der Ge-

schäftsgang in den einzelnen Industrien verschieden. So ist auch bei rückgängiger Konjunktur die Möglichkeit vorhanden, daß in unserem Sinne minderwertige Arbeitskräfte in anderen Großbetrieben beschäftigt werden können.

So hat uns die Arbeitsteilung auch ihr Nützliches gebracht. Sie hat vernichtet, aber sie hat auch aufgebaut. Mancher, der früher verkam, kann sich heute leichter durchschlagen. Daß der Großbetrieb an sich geeignet ist, auch sonst weniger brauchbare Personen mit Nutzen zu beschäftigen, liegt in seinem innersten Wesen: Möglich gemacht wird dies durch die Arbeitsteilung. Wir möchten hoffen, daß sie, die so manches Unheil gebracht hat, noch mehr zum Segen der Gesellschaft umschlägt, als wir hier andeuten konnten. V.

Der Bericht des Gesamtverbandsauschusses für 1912

bietet, wie alljährlich, so auch diesmal eine gute Uebersicht über die gewerkschaftlichen Fragen, mit denen sich unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auseinandersetzen hat. Im Jahre 1912 haben, so hebt der Bericht (Zentralblatt Nr. 6) mit Recht hervor, politische und geistige Strömungen sehr stark auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückgewirkt. Um sich diese Tatsache zu vergegenwärtigen, genügt der Hinweis auf die in 1912 getätigte Reichstagswahl und die durch sie hervorgerufenen Auseinandersetzungen sowie auf den Gewerkschaftsstreit unter den deutschen Katholiken. Die Reichstagswahl stand unter dem Zeichen erbitterten Ringens zwischen den bürgerlichen Parteien, mit dem praktischen Ergebnis, daß der Sozialdemokratie die Fäden in die Hände gejagt wurden. Sodann wurde der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, auf den später kurz zurückgegriffen werden soll, im verflochtenen Jahre auf die Spitze getrieben. Diese Vorgänge verurteilten den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften ziemlich Arbeit, wie sie vorübergehend auch die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflussten.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung standen Bergarbeiterfragen im Vordergrund. Mit dem Vorgeplänkel zu einer Bergarbeiterbewegung — im Ruhrrevier — hebt das Berichtsjahr an und mit der Einleitung einer Bergarbeiterbewegung — im Saarrevier — schließt es ab. Bergarbeiterbewegungen begegnen in Deutschland stets größerem Interesse, weil das Gros der deutschen Bergarbeiter in nur wenigen Bergbaugebieten beschäftigt ist und daher Bergarbeiterbewegungen meist einen größeren Umfang annehmen. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung befinden sich so dann die Bergarbeiter in vorgehobener Stellung, weil der Gewerkschaft im christlichen Bergarbeiter die älteste und stärkste Organisation im christlichen Gewerkschaftslager darstellt. Es ist deswegen verständlich, daß die Weigerung der christlichen Bergarbeiter, an dem Kampf im Ruhrgebiet vom Frühjahr teilzunehmen, mit einem Schläge das in Deutschland ohnehin so kompliziert liegende Gewerkschaftsproblem nach allen Seiten aufrollt. Nun ist jedem der Kern der Gewerkschaften im Ruhrrevier, wo sich die Massen „aus aller Herren Länder“ drängen und schieben, vielfach wurzellos und voll instinktiver Abneigung gegen Verhältnisse, die den ihrerseits gewohnten oft nur wenig entsprechen, sodaß es nicht schwer hält, den Feuerbrand hineinzujagen. Dazu ein Unternehmertum, das sich gegen jeden sozialen Lustzug trotzig und unbegreiflich verhält. Weil nun die Gewerkschaftsbewegung ebensowenig wie irgend eine andere Körperschaft das Leben nach vorgefassten Theorien meistern kann, sondern ihre Grundsätze aus dem tatsächlichen Stande der Dinge heraus entwickeln muß, darum hat die Gewerkschaftsleitung hier mehrfach in die Leitung von spontan ausbrechenden Bewegungen eingewilligt, denen an anderer Stelle einfach die strengen Bestimmungen des Statuts entgegengekehrt worden wären. Aber auch im Ruhrgebiet muß auf die Dauer der Gewerkschaftskampf in gewerkschaftlichen Formen geführt werden; denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. h. Disziplinierung, Erziehung der Massen zur geordneten Wahrnehmung ihrer Interessen. Und diejenige Gewerkschaft würde moralischen Selbstmord begehen, die sich dauernd auf dem Vulkan ungezügelter Masseninstinkte bewegen würde. Nur auf der beschriebenen Grundlage ist auf die Dauer eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie möglich. Mit ethischen Hinweisen ist den typischen Vorkämpfern des Großindustrials nicht beizukommen. Mit Gründen der Logik ebensowenig; denn wenn letzteres der Fall wäre, wie wäre es dann zu erklären, daß, neben den Vertretern agrarischer Interessen, gerade die Vertreter der Großindustrie zu den lautesten Rufen nach Maßnahmen zur Bescheidung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gehören — Vertreter solcher Kreise also, die ihrerseits sogar den Koalitionszwang in Kartellen usw. bis zur Struppellostigkeit ausnutzen? Diese Unwiderleglichkeit muß den einseitig auf sich bedachten Kreisen zu aller Entschiedenheit zum Bewußtsein gebracht werden. Dazu gibt es aber vorderhand nur einen einzigen Weg: eine Parte, aber auch wirklich disziplinierte Gewerkschaftsbewegung, die das Unternehmertum zur rechten Zeit an der verwundbaren Stelle angreift und so allmählich auch die Allgemeinheit veranlaßt, den Rüstungen in der Montanindustrie klarzumachen, daß sie auf die Dauer nicht gewillt ist, in unferer Zeit sozialen Danks und Fühlens Auswüchse eines durchaus willkürlich und einseitig interpretierten Feudalismus hinwegzuwischen zu lassen. Daß die betr. Unternehmertum sich über diese Zusammenhänge durchaus klar ist, beweisen ihre gelegentlichen gehässigen Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften, die im Berichtsjahre den Beweis geliefert haben, daß auch im Bergbau disziplinierte Gewerkschaftsbewegungen geführt werden können.

Neben gewerkschaftlichen Kreisen sind es hauptsächlich agrarische Interessen, die nicht nur den ländlichen Arbeitern

das Koalitionsrecht vorenthalten wollen, sondern sich auch eifrig um die Einengung des Koalitionsrechtes der Industriearbeiter bemühen; bis jetzt allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Dennoch müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den diesbezüglichen Bestrebungen unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als bekannt wurde, daß die christlichen Gewerkschaften sich der ländlichen Arbeiter in zweier entsprechenden Einrichtungen annehmen wollten, mußte man von agrarischer Seite nichts anderes zu tun, als ihnen ein scharfes „Hände weg!“ zuzurufen. Zu einer Untersuchung der Gründe dieses Vorgehens der christlichen Gewerkschaften ist unseres Wissens auch nicht ein Anlaß gemacht worden. Daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Vorgehen, das sie doch immerhin verschiedenes kostet, vorher recht geistlich überlegt haben — der Gedanke scheint gar nicht erwogen zu sein — und daß Kollege Behrens bei all seiner sonstigen Finanzspruchnahme noch einmal wieder die Lasten und Schwierigkeiten des Vorhieses einer erst noch einzuführenden Organisation übernimmt, scheint als der alleralltäglichsste der Zufälle hin genommen zu werden. Alles gleitet ab an der Starrheit der einmal bestehenden Vorurteile, die zwar sehr alt, aber keineswegs ehrwürdig sind. Wir würden eine Vernachlässigung unserer dringlichsten Pflichten darin erblicken, wenn wir uns an sie hören wollten.

Mehrfach wurde das Verhältnis zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Berichtsjahre Belastungsproben verschiedener Art ausgesetzt. Das Verhältnis das sich praktisch in freundschaftlichere Beziehungen zwischen den beiden Organisationsbewegungen umsetzen sollte, ist die Frucht jahrelanger Bemühungen wohlmeinender, sozial-interessierter Dritter. Lange haben die christlichen Gewerkschaften diesen Bemühungen kühl gegenübergestanden. Um indes nicht in den Verdacht zu kommen, als ob ihnen die bloße Agitation über alles gehe, haben sie schließlich zum Abschluß der bekannten Vereinbarungen sich bereit gefunden. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben anscheinend von den Vereinbarungen mehr erwartet als praktisch durch sie verwirklicht werden konnte. Sie dachten sich beispielsweise, daß durch ihr Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften auch die katholischen Arbeitervereine und die Zentralpresse eine freundlichere Stellung gegenüber den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften einnehmen würden. Solche Hoffnungen mußten sich als unausführbar herausstellen. Die Stellung der Zentralpresse und der katholischen Arbeitervereine zu staatsbürgerlichen und kulturellen Fragen ist vielfach derjenigen, die die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in ähnlichen Fragen einnehmen, direkt entgegengesetzt, sodaß es zunächst außer der Macht der christlichen Gewerkschaften lag, in dem von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erwünschten Sinne auf Tagespresse und konfessionelle Arbeitervereine einzuwirken. Dann ist es auch selbstverständlich, daß Vertragsverhältnisse auf Gegenseitigkeit beruhen müssen. Für Vereinbarungen, bei denen die christlichen Gewerkschaften lediglich den gebenden und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften allein den nehmenden Teil darstellen, sind selbstverständlich die ersten nicht zu haben. Und das etwa die Tagespresse, die den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nahesteht, in den letzten Jahren sich zu den christlichen Gewerkschaften freundlicher als ehedem gestellt hätte, wird niemand behaupten wollen. Auch bei Lohnbewegungen und Streiks glauben einige Hirsch-Dundersche Verbände, ohne Rücksicht auf die bestehenden Vereinbarungen, ihr Verhalten lediglich nach ihren einseitigen agitatorischen Bedürfnissen einrichten zu können. Daraus ist zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Maschinenbauer in den letzten Monaten eine heftige Auseinandersetzung entsprungen, durch die die zwischen beiden Verbänden bestehenden Vereinbarungen ganz von selbst gegenstandslos wurden. Im Holz- und Malergewerbe dagegen arbeiten der christliche und Hirsch-Dundersche Verband, insbesondere bei Tarifbewegungen, verhältnismäßig gut zusammen. Ob nach den Vorgängen der letzten Monate zwischen den beiden Metallarbeiterorganisationen, die seinerzeit getätigte allgemeine Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Verbande der deutschen Gewerkschaften noch größeren Wert hat und die Zukunft ausrechterhalten werden kann, erscheint sehr fraglich.

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wurde im Berichtsjahr bekanntlich auf die Spitze getrieben und zu einem bestimmten Abschluß gebracht. Ein Rückblick auf die letzte Periode dieses zehnjährigen Kampfes kann nicht anders als in der Frage gipfeln: Was haben denn nun die katholischen Fachabteilungen erzielt? Legt man den Maßstab an ihre eigenen ziffernmäßigen Erfolge an, dann ist das Ergebnis ein geradezu klägliches und bemitleidenswertes. Die ganzen, mit dem Aufgebore mächtigster Freunde und Gönner durchgeführten zwölfjährigen Anstrengungen haben eine Handvoll von Arbeitern um ihre gewerkschaftliche Fahne gesammelt, ein Grüppchen, dessen Pulsschlag mehr auf Sterben wie auf Leben deutet und das sich daher gleicherweise bei Arbeitern wie Arbeitgebern vergebens um einigen Kredit bemüht. Aber das ist schließlich nicht einmal das Wichtigste, weil diese „Erfolge“ ja allzu deutlich die verlorene Position erkennen lassen und die Fachabteilungsbewegung von vornherein als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnen. Wichtiger ist, was von diesen Kämpfen auf dem Schlachtfeld bleibt, nicht allein auf dem direkt organisatorischen Gebiete, sondern in ideeller Hinsicht. Den „Berliner“ Führern konnte natürlich die mangelnde Zugkraft ihres Programms nicht verborgen bleiben. Sie suchten daher nach anderen Mitteln zur Kräftigung ihrer Bestrebungen unter den deutschen Katholiken und bemühten sich in diesem Sinne um die Gewinnung der Autorität der kirchlichen Hierarchie für ihre Ideen. Wo sich ihnen nur ein Strohhalmchen bot, ergreifen sie es gierig, um es alsbald zum Zwecke ungläubigster geistiger Tyrannei zu verwenden und so ihr Schiff flodrig zu bekommen. Ihre unerhörten Summungen trugen ihnen eine energische Abschüttelung verschiedener deutscher Bischöfe ein. Und so kam es dann zu ihrem letzten verwegenen

\* Dr. Durrhoffer.

Ein interessanter Briefwechsel. In Köln, Essen, Bielefeld, Solingen und vier noch „Lohnbewerger“ die Gewerkschaften. Das veranlaßte einen Arbeitgeber in Westfalen, Land zu der Frage an die Leitung seines Schutzverbandes, ob es wahr sei, daß die Forderungen der Gewerkschaften in Solingen noch höher wären, als die in Köln und Essen. Doch, vorher kam die Schutzverbandsleitung zu wissen, was in Solingen vorgeht, da ihres Wissens weder ein Schutzverband noch eine Innung dort existieren. Schnell mußte man aber stat: daß Solinger Abrechnung wurde zur Hand genommen und die Namen von dreizehn vermeintlichen Inhabern von Solingerbetrieben darin entdeckt. In alle dreizehn wandte man sich nun und bat sie mit dem Hinweis auf die vielen Lohnbewegungen, mit dem Rheinisch-Westfälischen Schutzverband in Verbindung zu treten und über den Verlauf der Bewegung zu unterrichten. Auf diese Schreiben ging folgende Antwort ein:

Sehr geehrter Herr! Für die freundliche Überlieferung des Schreibens vom 28. Februar d. J. istens des Arbeitgeber-Schutzverbandes bedanke ich mich. Ich bin sehr dankbar für die eingehenden Informationen der hiesigen Kapazitätsgewerkschaften, welche mir die Freundschaft für die Zukunft zu wünschen zu lassen und nicht nur den einzelnen Mitgliedern zu besorgen. In übrigen empfehle ich Ihnen für die Zukunft etwas früher aufzutreten, da die Angehörigen der hiesigen Gewerkschaften längst seitens der hiesigen Herren Arbeitgeber anerkannt und unterrichtet sind.

Die Lohnkontrollen. D. V.: D. Steigenwag. Warum wir von diesem Briefwechsel Nichts wissen? Weil der Vorgang recht drohlich zeigt, wie lächerlich es oft wirkt, wenn im sozialdemokratischen Gewerkschaftsring der „Kapitalismus“ hochgenommen wird.

Der sozialdemokratische Sattler- und Portefeulienverleiher hat zu Beginn des Jahres 1912 eine Mitgliedszahl von 13819; am Jahresabschluss 14845. Der Mitgliedsbeitrag beträgt sich demnach auf 526. Die Gesamtsumme des Jahresumsatzes betrug 846871 M. Die Ausgaben erhöht sich um 29000 M., obgleich die Erwerbslosenunterstützung, die im Vorjahre 91698 M. beanspruchte, um 8000 M. zurückging. Die Mehreinnahme betrug 50228 M. Das Vermögen der Hauptkasse stieg auf 875144 M., das der Lokal-kasse um 80687 M., so daß der Gesamtvermögensbestand 556700 M. ausmachte.

Personalkosten nach Art der geheimen Aktien, die bei Behebungen über die Führung der Beamten angelegt sind, beschuldigen die Dresdener Arbeitgeber im Kapazitätsverleiher aufzuführen. Ein veritablesches Hundschreiben an die Arbeitgeber weist darauf hin, daß eine Parität erreicht werden soll, in der die Namen sämtlicher in Dresden beschäftigten Kapazitätsverleiher aufzuführen sind. Die Parität soll nach den Angaben des Hundschreibers den Zweck haben, „uns zu helfen gegen die hohen Forderungen der Kapazitätsverleiher, gegen die minderwertigen Arbeiter, gegen Gewerkschaften, die dem Meister Schaden zugefügt haben usw.“ Die Karten sollen genau Auskunft geben über Leistung, Lohn, und Führung der Gewerkschaften. Die Sache kann recht nicht werden. Wenn sich also ein Gewerkschaftsmitglied beim Arbeitgeber „gehört“ hat, so bekommt er ein schlechtes Führungsergebnis und mit der Tätigkeit des Gewerkschafts am Orte ist's vorbei. Das beratige Personalisten Schriftsteller werden als rote schwarze Äseln, liegt auf der Hand. Die Pläne der Herren Arbeitgeber in Dresden verdienen deshalb seitens der Gewerkschaften die schärfste Bekämpfung.

Gewerkschaftler Mittelklasse. Die Hamburger Kapazitätsverleiher haben nach dem geltenden Tarif einen garantierten Stundenlohn von 70 Pf. bei 40 Stunden. Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden die Woche. In der letzten Verlesung des

lohb. Kapazitätsverbandes wurde nun mitgeteilt, daß ein Agent in Dresden Kapazitätsverleiher nach Hamburg angeworben wurde, zur Anfertigung von 1000 Reichsmark zu 25 Pf. Weiter wurde mitgeteilt, daß auch bereits Frauen in der Hamburger Matrassenfabrikation tätig wären. In einer Fabrik würden für Bettmatten 90 Pf. bis 1,20 M. gezahlt. Diese Arbeiterlöhne liegen jedenfalls mit dem garantierten Arbeiterlohn von 70 Pf. per Stunde in Widerspruch. Das muß schon mehr wie ein Künstler sein, der bei solchen Arbeiterlöhnen auf einen anständigen Verdienst kommen will.

Gegen die Pfuscharbeit wendet sich in einem Eingelands an die Straßburger St. Nachrichten die Filiale Straßburg des sozial. Kapazitätsverbandes. Es heißt da, der Arbeitsmangel bei 120 Betrieben am Ort sei bedeutend. 30—40 Prozent der Gehilfen (etwa 120 im ganzen) wären im größten Teil des Jahres arbeitslos. Die Kleinmeister hätten kein beverdienendes Pölein. Manche Berufsangehörige waren deshalb in den öffentlichen Dienst gegangen. Aber gerade von dieser Seite wurde den Berufsständigen große Konkurrenz gemacht. „So gibt es Eisenbahn, Post, Oltroi, Leihhaus, Artillerie, Werkstätten und andere Angestellte, die trotz sicherem Arbeitsverhältnis ständig Privatarbeit übernehmen und selbständig ausführen. Es wäre Sache der betreffenden Personen, ihre beruflich abhängige Tätigkeit einzustellen, sonst wären wir gezwungen, sie beim Namen zu nennen und bei den betreffenden Behörden bekannt zu geben. Wir appellieren auch an die zuständigen Behörden, ihren Angestellten verbieten zu wollen, noch einen Nebenberuf zu treiben, worunter ein ganzes Gewerbe zu leiden hat.“

Die Kinnolunfabriken haben die bestehende Preisvereinigung zu einem festen Syndikat ausgebaut. Für jede der sieben Kinnolunfabriken ist durch einen Weidloch der „Konvention“ eine feste Umlage festgelegt worden, die sich nach der Größe der bisherigen Umlage richtet. Die vereinbarten Beiträge werden im Verhältnis zu dieser Zahl verteilt, wobei zu erwahnen ist, daß die „Konvention“ Umlage an die Verbände der Kinnolunhändler besitzt. Der „Konvention“ gehören folgende sieben Fabriken an: Delmenhorster Delmenhorstfabrik (Hütermarkt), Bremer Kinnolunverleiher (Delmenhorst (Schiffelmarkt), Deutsche Kinnolunverleiher (Hütermarkt), Kinnolun- und Wachsdruck-Compagnie in Neu-Stolln, Rheinische Kinnolunverleiher (Hütermarkt), Germania Kinnolunverleiher (Hütermarkt) und Kinnolunfabrik (Magdalenstraße).

Technisches Alerlei.

Dunkle Leder aufzukleffen. Es ist bekanntlich sehr schwer, Leder die von Natur dunkel sind, namentlich solche, deren Werbung mit dunkelgefärbten chemischen Säuren vorgenommen wurde, nachträglich aufzuhellen. Die Hauptursache bei den letzteren liegt darin, daß es kein Mittel gibt, die überflüssigen Säurereste, die in der Hauptsache die Schuld an der dunklen Färbung tragen, zu entfernen, ohne daß gleichzeitig das Gewicht des Leders ungenüßig beeinträchtigt wird. Am besten erreicht man den beabsichtigten Zweck noch, wenn man den Ledern einen der gewöhnlichen Lebersteine ähnlichen Kristall gab, durch welchen das dunkle Aussehen des Leders mehr oder weniger verdeckt wurde. Wo indes das Leder sehr dunkel ist, reicht dieses Mittel nicht hin. Man hat deshalb versucht, farbende Minerale von ähnlichem Grund, wie ihn das Leder besitzt, anzuwenden. Man nimmt hier, Chromgelb usw. Meißer und ein wenig Del, verarbeitet das Ganze tüchtig zu einem bichen Brei. Diesen Brei reibt man in die Rückseite des Leders ein. Nachdem es getrocknet, wird das Leder gewaschen. Auch durch Einreiben des Leders mit einem sehr bunten Semiochterscherbren verwenden zum Aufhellen des sehr bunten Semiochterscherbren eine Mischung von Chromgelb, Pariser Weiß, Schwammkrebse Alaun, Durchsicht, Schwefelsäure, bide Gemmischung und Wasser. Diese Masse wird verschleudert und auf das Leder aufgetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Junken, Köln, Palmenstraße 14.

# Die Vereinigung

Monatschrift der christlich organisierten : : 1913 : :  
 Postler und verwandter Berufsangehöriger

Köln — Essen.

Nach vierzehntägigem Streik wurde in Köln ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Dieser bringt unseren Kollegen ansehnliche Vorteile. Daß diese nach nur kurzem Kampf erzielt werden konnten, ist eine Folge der gemeinschaftlichen Schaltung der Kölner Kapazitätsverleiher, die in den letzten Jahren beachtenswerte Fortschritte gemacht hat. Diese Tatsache ist den Arbeitgebern nicht im vollen Umfang bekannt gewesen und werden sie deshalb anfänglich nur das geringe Entgelt kommen gezeigt haben. Sie hatten jedenfalls nicht erwartet, daß die Kollegen geschlossen die Arbeit niederlegten. Es klapperte wie am Schnürchen. Ob „frei“ — oder christlich, oder gar nicht organisiert, ob alt oder jung — alles machte den Ausschlag mit. Das gab den Arbeitgebern denn doch zu denken. Bereitwillig erklärten sie sich so zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht als Einigungskomitee bereit. Führten die ersten Verhandlungen auch nicht zu einer vollständigen Einigung, die zweiten brachten einen umso besseren Erfolg. Beim ersten Einigungsgesuch des Gewerbegerichts standen die Dinge so, daß die Arbeitgeber einen dreifährigen Tarif ausgehandelt, mit 6 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde und einem Durchschnittslohn von 64 bis 65 Pf. Bis auf geringe Differenzen war bereits eine Einigung erzielt. Dann kam die Beratung der Verhandlungen. Inzwischen legten sich die Kölnner Arbeitgeber ins Mittel, die die Kölnner Arbeitgeber beeinträchtigen, nun einen vierjährigen Vertrag zu fordern. Dieser Vorschlag wäre vollständig unannehmbar gewesen, wenn nicht weitere Zugeständnisse hinsichtlich der Lohnhöhe gemacht worden wären. Für das vierte Vertragsjahr legten die Arbeitgeber so eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pf. zu.

Die Verhandlungen am Dienstag, den 18. März, vor dem Einigungskomitee, an denen auch Herr Eid-Essen teilnahm, gingen trotz der Schwermut der Arbeitgeber ziemlich glatt von statten. In annähernd 5 Stunden war der Tarif neuemals durchberaten und bis auf die Kleinigkeiten fertig. Am 1. März 1916 wird die Arbeitszeit auf 52 Stunden verkürzt. Die Arbeitszeit muß im Sommer um 6, in Ausnahmefällen spätestens 1/7 Uhr; im Winter um 1/7 resp. 7 Uhr beendet nicht stattfinden. Die Neureinigung von Paulen ist unstatthaft. Vor den drei hohen Festtagen ist eine Stunde früher Arbeitsantritt bei voller Bezahlung. Ergibt sich die Notwendigkeit, daß diese Stunde zur Arbeit erforderlich ist, so ist sie zu vollem Stundenlohn zu vergüten. Der Lohn verdoppelt sich demnach auf 48 Pf. Jemeits am 1. März der drei folgenden Jahre erhöht sich dieser Mindestlohn um je 1 Pf. auf 46 Pf. Für Gehilfen, die ein Gehaltsjahr hinter sich haben, erhöht sich der Mindestlohn in gleicher Weise von 49 auf 52 Pf. Vier Jahre nach beendetem Lehrgang tritt ein Durchschnittslohn in Kraft, der von 64 auf 67 Pf. steigt. Die unterste Lohngrenze für die älteren Gehilfen darf nicht mehr wie 10 Prozent unter dem Durchschnittslohn stehen. Auf alle Löhne, die an die Gehilfen gezahlt werden, erfolgt jemeits am 1. März ein Aufschlag von 3, 2, 2 und 4 Pf., so daß sich eine Lohnerhöhung von 11 Pf. pro Stunde er-

gibt. Die am 1. März 1916 gewährten 4 Pf. Zulage gelten zur Hälfte als Ausgleich für die zu diesem Zeitpunkt eintretende Arbeitszeitverlängerung. Für das Belegen ganzer Räume mit Kinnolun werden 5 Pf. Zuschlag auf den Stundenlohn gezahlt. Für nicht zu umgehende Ueberstunden wurden folgende Zuschläge festgelegt: Für die ersten beiden Stunden 25 Prozent; für Nacharbeit 50 Prozent; für Sonntagarbeit 75 Prozent. Nach den ersten beiden Ueberstunden tritt eine Pause von 20 Minuten ein, die mitbezahlt wird. Bei größeren Fest- und Straßendemonstrationen erfolgt auf den Stundenlohn ein Aufschlag von 10 Pf. Als Spesen werden mindestens gezahlt: 1,40 M. pro Tag ohne Abendessen; 2,25 M. mit Abendessen; mit Ueberstunden für die ersten 8 Tage 3,75 M., für die längere Zeit 3,50 M. Bei Arbeiten am Orte, wo der Weg von der Wohnung oder Werkstatte mehr als 20 Minuten beträgt, wird das Fahrgehalt für die Straßenbahn viermal im Tag vergütet. Währt die Straßenbahnfahrt länger als 20 Minuten, so verfährt sich in dieser Zeit die Arbeitszeit oder es werden dem Gehilfen 1,25 M. für Mittagessen vergütet. Die Akkordpreise werden sofort um 8 Prozent, am 1. März 1915 um weitere 2 Prozent erhöht. Die Aufschläge erfolgen auch bei Vorarbeiten und ist der Stundenlohn in allen Fällen garantiert. Das die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages, der Gültigkeit hat bis zum 1. März 1917 und zwei Monate vorher gekündigt werden muß, andernfalls er sich um ein Jahr verlängert.

Diese Abmachungen wurden von der Verlesung der Kollegen einstimmig angenommen. Auch die Arbeitgeber stimmten zu. Am Donnerstag, den 20. März, ging's wieder in die Betriebe.

Die Einigung in Köln führte am folgenden Tage zur Beilegung des Kampfes in Essen. In Köln war seitens der Arbeitgeber die Bedingung gestellt, daß der Kölnner Vertrag nur dann in Kraft trete, wenn auch in Essen ein Vertrag abgeschlossen zustande komme. Herr Eid machte sich für den Frieden in Essen stark und gelang so denn auch die Einigung. Der Essener Vertrag bewegt sich in denselben Bahnen wie der Kölnner. Die Mindest- und Durchschnittslöhne stehen gleich. Die Gehalts-Lohnerhöhung beträgt 8 Pf. Der Ablauf des Vertrages ist der 15. Februar. Mit dem Vertragsabschluss haben auch die Essener Kollegen einen vollen Erfolg erzielt. Mehr wie sie jetzt erreicht haben, hatten die Kollegen bei den letzten Verhandlungen, die in Köln stattfanden, auch nicht gefordert. Daß die Forderungen keine unerfüllbaren gewesen, beweist, daß sie jetzt bewilligt sind. Bei einigermassen Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber hätte also schon in Köln eine Einigung erzielt werden können und wäre dann der Kampf vermieden worden.

Eine sehr wesentliche Verbesserung in den beiden Tarifen bedeutet die Einführung eines Garantelohnes für ältere Gehilfen. Während die alten Verträge nur Mindestlöhne im ersten und zweiten Gehaltsjahre vorsahen und für alle übrigen Kollegen eine bestimmte Lohnnorm nicht festgelegt war, ist in den neuen Verträgen zum erstenmal auch ein Durchschnittslohn vom vierten Gehaltsjahre ab festgelegt. In diesen Punkten hat die bewährte Bestimmung aus dem Vertragsmuster für das Folgende im Ruhrgebiet im nächsten Jahre gefunden



Schritt: sie wandten sich über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg an das Oberhaupt der katholischen Kirche, um ein Verbot der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Dieses va banque-Spiel schlug aber fehl. Denn, wir haben schon im Herbst des letzten Jahres geschrieben, Unmögliches kann schließlich auch der Papst, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung, nicht möglich machen. Und so ist die Aktion praktisch lediglich nur erzielt, daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Das ist aber das Entgegengesetzte dessen, was die „Berliner“ zu erstreben vorgaben.

Auf der andern Seite hat die jahrelange Auseinandersetzung gewiß dazu beigetragen, die grundsätzliche Unterlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung so zu stärken, wie es bei keiner anderen ähnlichen Bewegung der Fall ist, und die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft und in der öffentlichen Meinung schneller und wirksamer bekannt zu machen, als es unter sonstigen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Nichtsdestoweniger aber ist es ein Kampf gewesen und als solcher mußten, wie in jedem Kampfe, Kräfte in der Abwehr verwendet werden, nach denen in der positiven, aufbauenden Arbeit eine sozialschreiende Nachfrage bestand. Was da verloren wurde, ist unwiederbringlich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemeinsamen Gegner zugefallen ist.

Jetzt aber ist der Baum gebrochen. Nunmehr können sich die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt muß es wieder vorwärts gehen! In dem Augenblick, wo diese Heilen ins Land hinaus gehen, fallen die Büffel über das Schicksal der bedeutendsten Tarifverträge. Das gesamte Wirtschaftsleben wird von dem Organisationswesen in tiefgreifender Weise erfaßt. Das ist die Zeit, wo auch der Fernstehende seine Augen vor der Gewerkschaft nicht mehr verschließen kann. Nach der Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage sind eine Fülle von Kräften wieder frei geworden. Sie müssen sich jetzt mit den in der Werbung bereits befindlichen vereinigen, damit alle Chancen ausgenutzt werden. Jetzt darf es keinen Stillstand mehr geben! Die Gesamtbewegung bemüht sich um einen ständigen weiteren Ausbau, der zur Erleichterung der Agitation und zur Stärkung unserer Bestrebungen vorgeesehenen Einrichtungen. Die Ortsstellen sind in sichtlichem Aufblühen begriffen, seitdem sich ein eigenes Dezernat um ihre Angelegenheiten bemüht. Es sollte den Ortsstellen aber auch im Lande überall die gebührende Sorgfalt zugewendet werden. Gewiß liegen auf unserer Seite die Verhältnisse grundsätzlich verschieden, wenn man sie in Vergleich zu denen bringt, unter denen sich die sozialistischen Organisationen betätigen. Bei diesen gehen Partei und Gewerkschaften, Frauenbewegung und Jugendausschüsse usw. in jeder Weise zusammen, und die sozialdemokratische Tagespresse sekundiert ihnen. Ein ähnlich gelassenes und einheitliches Wirken ist für unsere Bewegung nicht zu erzielen. Aber wir dürfen auch nicht in das entgegengesetzte Extrem verfallen, um uns nur auf dem Boden der Berufsorganisationen zu betätigen. Vielmehr erwächst aus den bezeichneten Voraussetzungen die zwingende Notwendigkeit, uns innerhalb des Ortsbezirks untereinander so fest wie möglich zusammenzuschließen. Dieses Zusammenwirken und die Erarbeitung eines breiteren Resonanzbodens in der Öffentlichkeit werden wesentlich erleichtert durch die aufklärende Tätigkeit des Pressebezugs, das insbesondere durch die viel verbreitete „Gewerkschafts-Korrespondenz“ für sachliche Information der öffentlichen Meinung und Zurückweisung der Angriffe auf die Bewegung sorgt. Alles läßt sich natürlich nicht von einem Zentralpunkt aus machen: es muß auch allenthalben die eigene Initiative nach Mitteln und Wegen zur Ausbreitung der Bewegung suchen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf die Jugend gerichtet werden, für deren zweckmäßige Behandlung im Laufe der Zeit eine Reihe von Anregungen ergangen ist. Neuerdings hilft hier „Die Jugend“, die neue Korrespondenz zur Förderung der Jugendarbeit in unserer Bewegung, die für die Funktionäre und die Jugendkommissionsmitglieder bestimmt ist, kräftig nach. Aber nochmals: die Hauptsache bleibt, daß die ergehenden Anregungen in jeder Beziehung Männer finden, die sie in die Tat umzusetzen bereit und gewillt sind.

Das aber ist die zwerflichste Erwartung der Leitung der Gesamtbewegung. Möge sie in dieser Erwartung sich nicht getäuscht sehen!

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. März fällig ist.

Die Ortsgruppe Leipzig erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrags von 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.)

**Lohnbewegung.**

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zugang ist fernzuhalten  
 Expedienten: Nürnberg, Fürt, Breslau.

Frieden in Menden! Der große Kampf in der Mendener Metallindustrie, an dem auch unser Verband mit einer Anzahl von Mitgliedern beteiligt war, ist am Donnerstag den 20. März beigelegt worden. Bekanntlich sperren die Mendener Arbeitgeber etwa 1500 christlich-organisierte Arbeiter

aus, weil etwa 70 Metallarbeiter bei der Firma Schmöle & Co. Lohnforderungen gestellt hatten und bei Nichtbewilligung in den Ausstand getreten waren. Die Aussperrung hat rund ein halbes Jahr gewährt. Die Firma Schmöle hat einer Kommission der Arbeiter jetzt das Zugeständnis gemacht, daß sie nach erfolgter Arbeitsaufnahme die Löhne derjenigen Arbeiter die unter 4,50 Mk. pro Tag verdienten, einer wohlwollenden Prüfung unterziehen will. Die Arbeiter werden wieder eingestellt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Organisationszugehörigkeit wird keinem Arbeiter verwehrt. Die sanitären Einrichtungen des Betriebes werden unter Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß geregelt. Die Firma wird weiterhin auf eine allgemeine Einführung des freien Samstagsnachmittags hinwirken. In der Versammlung der Arbeiter stimmten drei Viertel der Erschienenen den Abmachungen zu und ist damit der Kampf beendet. Die Arbeit wird am Tage nach Ostern wieder aufgenommen.

Die „Kölnische Volkszeitung“ läßt sich zum Friedensschluß schreiben:

„Hoffentlich folgt jetzt ein lange andauernder und ehrlicher Friede. Christlicher Metallarbeiterverband und Arbeitgeberverband haben gegenseitig ihre Kräfte gemessen, wobei sich herausstellte, daß eine Partei ohne die andere nicht auskommt. Der Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen, der 1903 bei einem Kampfe im nahen Jberlohn sich einstellte und worauf bestimmte Arbeitgeberkreise auch beim Mendener Kampfe ihre Hoffnungen setzten, ist nicht eingetreten. Auch die Arbeitgeber haben während der langen Dauer des Kampfes mit einer großen Zähigkeit zusammengestanden. Das Ergebnis des Kampfes ist eine Einigung auf der mittleren Linie. In allen Fragen, mit Ausnahme der Lohnfrage, ist den Arbeitern das zugestanden worden, was sie gefordert hatten. Hinsichtlich der Lohnfrage sollen nach der Vereinbarung alle Löhne unter 4,50 Mk. geprüft werden. Hoffentlich tritt auch hier bald eine angemessene Erhöhung und ein entsprechender Ausgleich ein, denn nur dann besteht Aussicht zu einem wirklichen Frieden.“

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Ramberg. Sonntag, den 9. März hielten wir eine Versammlung ab. Hauptzweck derselben war die Einführung eines Lokalbeitrages für die weiblichen Mitglieder. Kollege Hed aus Frankfurt war zu dieser Versammlung erschienen. Er sprach über die Entwicklung unseres Verbandes und über die Lohnbewegungen, welche in letzter Zeit durchgeführt worden sind. Nach dem Vortrage wurde dann der einstimmige Beschluß gefaßt, daß vom 1. April ab die weiblichen Mitglieder einen Lokalbeitrag von 5 Pfennig zu entrichten haben. — Da in letzter Zeit die Versammlungen nicht mehr regelmäßig und noch nicht sämtliche Mitglieder besucht werden, bittet die Ortsverwaltung nochmals dringend auf diesem Wege, die gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen.

**Gewerkschaftliches.**

Schrittmacher der Sozialdemokratie ist der „Deutsche Holzarbeiterverband“ zu allen Zeiten gewesen und ist es auch heute noch. Das wird zwar von vielen seiner Mitglieder bestritten, ohne das deswegen an den Tatsachen etwas geändert wird. Wie der „freie“, Deutsche Holzarbeiterverband für die Sozialdemokratie arbeitet, zeigt recht drastisch eine Broschüre seiner Zahlstelle Straßburg i. G., die das Lokalstatut des Verbandes, sowie den am Orte geltenden Schreinerlohn enthält. Diese Broschüre wird jedem Mitgliede ausgehändigt. Die zweite Umschlagseite der Broschüre ziert folgender Aufruf:

„Die Erzeugnisse der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampf werden gestützt, erhalten und ausgebaut durch den politischen Kampf der Arbeiterklasse. Diesen unentbehrlichen Kampf führt die Sozialdemokratie. Es ist deshalb heilige Pflicht jedes Klassenbewußten Gewerkschaftlers, die sozialdemokratische Organisation nach Kräften zu stärken. Beitrittserklärungen zum Sozialdemokratischen Verein Straßburg, Eintrittsgeld 20 Pfg., Beitrag 40 Pfg. monatlich, werden auf dem Büro des Holzarbeiterverbandes Brunnenstraße 81 angenommen.“

Auf der dritten Seite des Umschlages ist zu lesen: „Publikationsorgan des Holzarbeiterverbandes Zahlstelle Straßburg, ist die „Freie Presse“. Dieselbe kann auf dem Verbandsbüro sowie bei jedem Kassierer bestellt werden. — Der Vorstand. J. A. Laurent Meyer.“

Die „Freie Presse“ ist natürlich ein sozialdemokratisches Blatt. Die Broschüre ist, was ebenso selbstverständlich erscheint, in der Druckerei der „Freien Presse“ (Straßburger Volksdruckerei Paul Singer) hergestellt. Das der Deutsche Holzarbeiterverband in der gleichen Weise für bürgerliche Parteien wirkt, konnte bisher noch nicht wahrgenommen werden. Entweder hält man's mit allen oder mit keinem — das ist Neutralität! Lebt und strebt man aber einzig und allein für die Sozialdemokratie, dann sind alle Neutralitätsbetreibungen blauer Unfimm. Holzarbeiter, deren Ideale nicht mit den sozialdemokratischen Bestrebungen vereinbar sind, lehnen es deshalb ab, einer derartigen Organisation anzugehören.

Textilarbeiteraussperrung in Grefeld. In Grefeld streifen seit längerer Zeit die Färber. In der großen Mehrheit gehören diese der sozialdemokratischen Gewerkschaft an. Insgesamt kommen etwa 2500 Mann in Frage. Die Färber sind die Kerntruppe des sozial. Verbandes. Der christliche Textilarbeiterverband hat unter den Färbern nur einen geringen Einfluß. Der Arbeitgeberverband hat nun beschlossen, dem Streit der Färber eine Aussperrung von etwa 20000 Textilarbeitern am Tage vor Ostern folgen zu lassen, wenn bis dahin der Streit nicht beendet ist. Bei der Aussperrung kommt nun aber der christliche Verband mit bedeutend mehr Mitgliedern in Frage als der soziald. Verband. Ersterer verfuhrte deshalb eine Einigung bei den Färbern. Es gelang dann auch eine vollständige Einigung zu erzielen. Der soziald. Verband hat die Vorschläge indes abgelehnt und treibt zur Aussperrung. Ohne die Arbeitsaufnahme der „Genossen“ wollen jedoch die Arbeitgeber an der Aussperrung teilnehmen. Es liegen die Dinge also so, daß christlich-organisierte Textilarbeiter ausgesperrt werden, wegen Differenzen, die die Ar-

beitgeber mit dem soziald. Textilarbeiterverband haben. Es dürften etwa 6000 christlich organisierte Textilarbeiter in Frage kommen. Die noch vorhandenen Differenzen mit den Färbern waren derart minimaler Natur, daß der christliche Verband glaubte, die Schäden einer allgemeinen Aussperrung nicht verantworten zu können. Deshalb sein Alleinverhandeln mit den Arbeitgebern und sein Abrücken von der soziald. Gewerkschaft der Textilarbeiter.

„Zentrums-katholischer Terrorismus“. Unter dieser Ueberschrift macht in der sozialdemokratischen Presse ein Artikel die Kunde. Darin wird gelogen, daß der Sekretär des Gutenbergbundes in Köln, Felder, bei der dortigen Buchdruckerei Scharnigel, deren Inhaber der Generalsekretär der Windthorstbunde Dr. Scharnigel ist, vorstellig geworden sei und mit der Entziehung von Druckarbeiten gedroht habe, falls die hier beschäftigten Buchdrucker nicht zum Gutenbergbunde übertreten würden. In diesem „Terrorismus“ ist wahr, daß Felder in einer Versammlung eines katholischen Arbeitervereins, deren Mitglied er ist, beantragt hat, Druckfachen des Vereins bei Firmen herstellen zu lassen, die auch christlich-organisierte Buchdrucker beschäftigen. Daraufhin meldete sich der Inhaber der genannten Firma bei Felder und erklärte, daß er seinen Gehülften den Beitritt zum Gutenbergbunde nahe legen wolle. Von einem Vorstelligwerden des Gutenbergbundessekretärs bei der Firma kann gar keine Rede sein. Im übrigen ist es ziemlich selbstverständlich, daß Korporationen, die mit den christlichen Gewerkschaften in enger Fühlung stehen, ihre Druckfachen nur dort herstellen lassen, wo man in der Praxis sich auch des Vorhandenseins von christlich-organisierten Buchdruckern erinnert.

Redeblüten in Versammlungen. Ein Kölner Zeitungsberichterstatter macht auf folgende Redeblüten aufmerksam, die er in Versammlungen wahrnehmen konnte. Beim Eröffnen einer sehr schlecht besuchten Versammlung sagte der Vorsitzende: Die „Interessentlosigkeit“ wird immer größer, wenn man die wichtige Tagesordnung bedenkt, ist der „Leerreiche“ Saal unverständlich. Als es sich in einer anderen Versammlung um die Wiederwahl eines Vorstandsmitgliedes handelte, sagte ein Redner: Der Ausschreibende hat sich in jeder „Hinrichtung“ bewährt. Eine Versammlung hatte beschloffen, ausländische Schafe zu beziehen. Da erhob sich ein Redner und rief: Nun ist es aber auch unsere Ehrenpflicht, daß wir bei Bedarf stets die „Jannungschafe“ zuerst berücksichtigen. In einer Arbeiterversammlung sprach man über Lohnserhöhung, wobei ein Redner meinte: Eine Lohnserhöhung erfordert schon der „Selbsterhaltungsbetrieb“. Zwei Kampfhähne standen sich in einer Versammlung gegenüber und der Leiter hatte wiederholt gebeten, die gegenseitigen Sticheleien zu unterlassen. Plötzlich rief er: Wenn ich jetzt noch einmal eine „Nicht haltige“ Rede höre, entziehe ich dem Redner das Wort. Ein Herr, der in der Versammlung das Resultat einer geheimen Wahl bekannt machte, bemerkte: „Ein Bettel war weiß beschrieben.“ Einmal wurde die Wahl einer Kommission angeregt und der Vorsitzende fragte: Wer mit der „Erziehung“ einer Kommission einverstanden ist, bitte sich zu erheben. Als ein Versammlungsbesucher fragte, wie es mit der Gründung der Sterbekasse aussehe, antwortete der Vorsitzende: „Ich habe die nötigen Schritte bereits in die Hand genommen.“

Kann ein evangelischer Arbeiter den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören? Hierzu schreibt uns ein evangelischer Kollege: Es ist leider wahr, daß man in den evangelischen Kreisen noch nicht allgemein richtige Stellung zu den christlichen Gewerkschaften gefunden hat. Die Gründe hierfür sind ja vielartig und tiefgehend, sodas sie in dieser kurzen Notiz nicht erörtert werden können. Tatsache ist, daß in den Organisationen und Vereinigungen evangelischer Glaubensgenossen noch viel zu wenig grundsätzliche Vorträge über die christlichen Gewerkschaften von eingeweihten Rednern gehalten werden. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß der jüngere Nachwuchs in den evangelischen Arbeitervereinen mehr von dem Gedanken der gemeinsamen Arbeit zur Erbringung wirtschaftlicher Verbesserungen mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften durchdrungen ist. Der Gedanke, daß man sich mit den christlich und national gestimmten Kollegen der anderen Konfession zusammenschließen muß, um eine Gegenwehr gegen die Sozialdemokratie zu schaffen, gewinnt immer mehr an Boden. Die evangelischen Arbeiter haben auch alle Veranlassung dazu, denn sie werden von der Sozialdemokratie doch nur verhöhnt und verspottet. Nur bei Wahlen werden sie von den Genossen umschmeichelt. Wie weit sich die Genossenblätter den evangelischen Arbeitern erkenntlich zeigen, dafür dienen nachstehende Presseerzeugnisse als Beweis. Anläßlich des letzten Kongresses der christlichen Gewerkschaften schreibt der „Vorwärts“ in Nr. 170 vom 27. Juli 1909:

„Harrer Weber von der geistlichen Fakultät, der den Könnischen das Feld nicht gern allein lassen möchte, begrüßt sie (die christlichen Gewerkschaften. Der Ein.) im Namen seiner evangelischen Schlußmännervereine.“

Nicht genug damit, die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“ Nr. 75 vom 25. März 1908 spricht von „evangelischen Böhlmännern“. Dieselbe „Dortmunder Arbeiterzeitung“ Nr. 175 vom 29. Juli 1910 schreibt u. a. vom „Zumpenknechten“, wie evangelische Arbeitervereine sein wollen, die sich vor dem „Herrn förmlich im Staube wälzen“ und frei nach Heine zu winkeln scheinen:

„Wir Hunde langweilen uns auf der Straß' Und fleh'n dich an untertänig; Gib uns einen Fußtritt, o Herr, Das wird uns erfreuen und ehren nicht wenig!“

Die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“ leidet sich überhaupt öfters derartige grobe Beschimpfungen der evangelischen Arbeiter, indem häufig zu lesen ist von „Zumpenknechten und Zumpenknechtsgewinnung“. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 11. Januar 1912 verhöhnt den Bahlauftritt des rheinisch-westfälischen Verbandes der evangelischen Arbeitervereine mit den Worten: „O, die armen Schächer!“ In einer späteren Nummer schreibt

von „evangelischen Zentrum“ und Begegnungen.“ Der „Vorwärts“ Nr. 291 vom 14. Dez. 1909 schreibt in einem Artikel: „Die evangelischen Arbeitervereine unter der Fuchtel der Nationalliberalen“ u. a. wie folgt: „Die Arbeiter, die nicht leben und nicht sterben können, gebieten unter den Umständen an Geist, die in den evangelischen Arbeitervereinen versammelt sind, ergiebige Ernte zu halten.“

Mögen die „Armen an Geist“ einsehen, welcher Richtung sie sich künftig anschließen müssen, denn sonst könnten sie auch einmal einen Brief bekommen, wie ihn ein Mitglied des alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes von seinem Stellvertreter erhalten, mit folgendem Wortlaut:

An Kamerad Sch...!  
 Teile Dir hierdurch mit, daß sich Dein Verhalten mit unserem Verbandsstatut nicht vereinbart. Uns von den beiden mußt Du meiden, entweder Du trittst vom evangelischen Arbeitervereine aus oder vom Verband, sonst mußt die Zahlstelle dazu Stellung nehmen. Teile mir bis zum 1. Februar Deinen Entschluß mit

J. A.: Emil Markel.  
 (Verbandsstempel.)

Gelegentlich des Bergarbeiterstreikes 1912 ist das Haus des Vorstandsmitgliedes des evangelischen Arbeitervereins, Bergmann Lagemann in Aisfen, durch eine Dynamitexplosion schwer beschädigt worden. Die Täter waren Mitglieder des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Höher können die Gemeinheiten der „Genossen“ nicht gehen. Aus den wenigen Beispielen ergibt sich, in welcher Weise die roten „Vollstrecker“ die christliche Gefinnung und Betätigung der gesamten evangelischen Bevölkerung aushalten. Nicht länger dürfen die evangelischen Arbeiter sich diese Schandtat der Genossen gefallen lassen. Sie müssen sich anstrengen und sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, in der ihre Ueberzeugung geachtet wird und in der sie gesichert sind gegen gemeine Beschimpfungen der evangelischen Kirche und deren Einrichtungen.

### Soziale Rundschau.

Die deutsche Krankenkassenversicherung im Jahre 1911. Die Zahl der Krankenkassen ist in 1911 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und zwar von 23188 auf 23109. An Mitgliedern waren im Jahresdurchschnitt 18619048 vorhanden. Die Zunahme gegenüber 1910 betrug 549673 Mitglieder. An diesem Zuwachs participieren in erster Linie die Ortskrankenkassen mit rund 372000, sodann die Betriebskrankenkassen mit 122000; dann folgen die Jnnungsstellen mit 31000, die Gemeindekrankenkassen mit 29000 und die Baukrankenkassen mit 400 Mitgliedern. Die eingeschriebenen Hilfskassen und die landesrechtlichen Kassen hatten einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die ersteren gingen um rund 3400 und die letzteren um 1000 zurück. Die Mitgliederverteilung in den einzelnen Kassenarten gestaltete sich im Durchschnitt des Jahres 1911 folgendermaßen: Die Ortskrankenkassen hatten insgesamt 7217908 Mitglieder; die Betriebskrankenkassen 3396045, die Gemeindekrankenkassen 1700696, die eingeschriebenen Hilfskassen 925148, die Jnnungsstellen 327077, die landesrechtlichen Hilfskassen 35118 und die Baukrankenkassen umfassen insgesamt 17056 Mitglieder. Es wurden im Berichtsjahre 5772388 Erkrankungsfälle, die Erwerbsunfähigkeit bedingten, festgestellt. Die Zahl der Krankheitsstage betrug 115128905. Auf ein Mitglied entfielen durchschnittlich 0,42 Krankheitsfälle und 8,45 Krankheitsstage, für die Krankengeld oder Krankenhauseinweisung geleistet wurde. Bei den Ortskrankenkassen kamen durchschnittlich auf ein Mitglied 0,44 Erkrankungsfälle mit 8,99 Krankheitsstagen; bei den Betriebskrankenkassen 0,49 Erkrankungsfälle und 9,16 Krankheitsstage; bei der Gemeindekrankenkassenversicherung 0,28 Erkrankungsfälle und 5,66 Krankheitsstage; die eingeschriebenen Hilfskassen haben pro Mitglied 0,37 Erkrankungsfälle und 7,99 Krankheitsstage; die Jnnungsstellen 0,33 Erkrankungsfälle und 7,79 Krankheitsstage; die landesrechtlichen Hilfskassen 0,30 Erkrankungsfälle und 5,88 Krankheitsstage; die Baukrankenkassen 0,59 Erkrankungsfälle und 9,37 Krankheitsstage. Die gesamten Krankenkassen vereinnahmten im Jahre 1911 412290611 Mk. Davon an Beiträgen (einkaufsfähig) 368442459 Mk. Die Ausgaben beliefen sich auf 392524744 Mk. Allein für

Krankheitskosten wurden 357568396 Mk. ausgegeben. Diese verteilen sich wie folgt: Ärztliche Behandlung 83754224 Mk., Arznei und sonstige Heilmittel 53171234 Mk., Krankengelder 153582976 Mk., Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen 6799157 Mk., Sterbegelder 8525480 Mk., für Anstaltsverpflegung 51357861 Mk., Fürsorge für Konvalaleszenten 277464 Mk. Interessant ist die Durchschnittsverteilung der Krankheitskosten auf die verschiedenen Kassenarten. Die Gemeindekrankenkassen wandte für ein Mitglied im Jahre 1911 auf 14,41 Mk., die Ortskrankenkassen 26,16 Mk., die Betriebskrankenkassen 33,35 Mk., die Baukrankenkassen 29,18 Mk., die Jnnungsstellen 24,24 Mk., die eingeschriebenen Hilfskassen 23,56 Mk. und die landesrechtlichen Hilfskassen 19,06 Mk. Der durchschnittliche Aufwand für ein Mitglied betrug 26,25 Mk. Die Verwaltungskosten der Krankenkassenversicherung erforderten im Berichtsjahre 22189349 Mk. insgesamt. Auf ein Mitglied fallen durchschnittlich bei den eingeschriebenen Hilfskassen 2,82 Mk., den Jnnungsstellen 2,80 Mk., den Ortskrankenkassen 2,45 Mk., und den landesrechtlichen Hilfskassen 1,85 Mk. Die Verwaltungskosten der Betriebs- und Baukrankenkassen werden fast ganz von den Unternehmern, bei den Gemeindekrankenkassen von den Gemeinden getragen. Wenn man den Durchschnitt der Verwaltungskosten für alle Kassen insgesamt berechnet, so kommen auf ein Mitglied 1,63 Mk. durchschnittlich heraus. Das Vermögen aller Krankenkassen belief sich 1911 auf 313012594 Mk.; gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 16575849 Mk.

Krankenkassentag in Aachen. Das Bezirksamt der christlichen Gewerkschaften für Aachen und Umgegend hatte in Verbindung mit der Arbeitervertretervereinigung und dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten am 16. Februar einen Krankenkassentag für den Regierungsbezirk Aachen einberufen. Alle Krankenkassen des Bezirks waren vertreten, auch die eingeladenen Gäste und sonst Interessierte waren zahlreich erschienen. Reichstagsabgeordneter Kollege Joh. Becker-Arnberg schilderte in beifällig aufgenommenem Vortrage die Situation unserer Krankenkassen nach dem Vorlaute der neuen Reichsversicherungsordnung. Gesamtverbandssekretär Kollege Fritz Baltrusch-Köln hob durch ein überzeugendes Referat die Notwendigkeit des neugegründeten Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen und den Anschluß an denselben hervor. Dieser Verband zählt jetzt schon nahezu eine halbe Million Mitglieder, damit ist keine Existenzberechtigung gegeben, insbesondere wo noch 12 Millionen Versicherte zu erfassen sind. Derselbe steht auf nationalem Boden und umfaßt die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, auch der Vorstand ist so zusammengesetzt. Das Organ, „Die Krankenkassen“, dem tüchtige Fachmänner als Mitarbeiter zur Seite stehen, erscheint seit dem 1. Januar 1913 und kann nicht warm genug empfohlen werden. Aufbau, Ziel und Zweck des neugegründeten Verbandes garantieren demselben eine Zukunft, vorausgesetzt, daß alle Krankenkassen, die bis jetzt noch eine abwartende Stellung eingenommen haben, ihren Anschluß perfekt machen. Wenn auf der anderen Seite Ärzte, Apotheker, Droghändler, Dentisten, Zahntechniker usw. über starke Organisationen verfügen, so ist das für die Krankenkassen eine selbstverständliche Pflicht, besonders wo der Anschluß pro Kopf und Jahr nur ein 1 Pfg. kostet. Augenblicklich sind ja im Fränkischen Bezirke, der wegen seinem sozialdemokratischen Charakter ziemlich einflusslos geworden, 4 1/2 Millionen und in dem Betriebskrankenkassenverbande 2 Millionen Versicherte zusammengeschlossen. Mindestens 12 Millionen stehen noch abseits, das ist das Arbeitsfeld des neugegründeten Verbandes, der seinen Sitz in Essen und seine Geschäftsstelle in Köln, Eintrachtstr. 147, hat.

Sozialdemokraten in der Prags. „Die Hauptsache ist nicht, daß wir dies oder jenes erreichen, sondern daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ Nach diesem Ausspruch Bebel hat die Sozialdemokratie bislang konsequent gehandelt — wo sie in der Minderheit war, es also für sie ungefährlich war, recht weitgehende Forderungen zu stellen. Nun kommt es aber auch schon mal vor, daß die Sozialdemokraten mal irgendwas die Mehrheit erlangen, z. B. in einer Stadtverwaltung. Da fängt's an, brenzlich zu werden. Da gibt's nämlich immer so naive Menschen, die mancherlei vermeintlich berechtigte Wünsche an den roten Stadtrat zu stellen sich die Freiheit herausnehmen und in ihrer Naivität sogar annehmen, eines recht weiten

Entgegenkommens seitens der roten Stadtväter sicher zu sein. Warum sollten sie auch nicht? Dieselben Anträge stellen die Herren Sozialdemokraten ja sonst auch an die Stadtverwaltungen, meist nur noch viel weitgehender. Also — Ein solch lehrreicher Fall passierte in Offenbach am Main. Offenbach hat das „Glück“ — die Sozialdemokraten selbst werden's vielleicht ein Unglück nennen — von einem roten Stadtrat regiert zu werden. Natürlich gibt's in Offenbach auch Leute, die an einen hohen Stadtrat Wünsche haben. Um die es sich hier handelt, waren nicht einmal unbeschreibene, jedenfalls aber keine unerwünschten, wie sie die Sozialdemokraten oft stellen. Doch lassen wir dem sozialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ das Wort, um zu hören, wie die Geschichte weiterging. Es schreibt in seiner Nr. 272, 1912:

„Im Wünschen und Fordern ist man in Offenbach der Stadtverwaltung gegenüber nicht gerade schüchtern, besonders dann nicht, wenn die Mehrheit im Stadtparlament wieder, wie eben jetzt, eine „rote“ ist. Aus einer einzigen Sitzung des Verfassungskomitees und Vermögensausschusses, und zwar aus der letzten, gestern tagenden, wollen wir heute eine kleine Willenslese solcher Wünsche geben: Nachdem beschlossen war, bestimmten Kategorien von Personen und Einkommenklassen die Einkommensteuer bzw. andere Gemeindesteuern zu erlassen — was eine jährliche Einnahmeverminderung von mindestens 50000 Mk. für die Stadt bedeuten dürfte —, hatte sich der Ausschuss zu beschäftigen mit dem Gesuch a) des Gastwirtsvereins Offenbach um Aufhebung der Verbrauchssteuer für Wein, b) der Obstverkaufspächter am Wilhelmplatz um Herabsetzung der Pacht für die Wintermonate, c) der jüngeren städtischen Gehilfen (von 21—25 Jahren) um eine Teuerungszulage und um Berücksichtigung bei der allgemeinen Gehaltsregulierung, d) der städtischen Feuerwehrgehilfen usw. um Erhöhung ihres Kleidergeldes. Alle diese Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden, einige wurden abgelehnt, andere vorläufig „vertagt“. Die Abgewiesenen werden zweifellos enttäuscht sein und ihrem Unmut oder weniger deutlichen Ausdruck geben. Das sind unsere Stadtväter nachgerade gewöhnt, denn trotz allem erdenklichen Entgegenkommen können sie natürlich nicht sämtliche, immer noch sich stetig erheben Wünsche erfüllen. Schließlich muß man doch auch fragen, woher denn all das Geld genommen werden soll (Hört hört! Red.), das die Erfüllung aller dieser Wünsche erfordern würde. Was würden übrigens denn die Wittstiller und Fordernden sagen, wenn ihnen demnächst die Rechnung präsentiert werden sollte in Gestalt eines noch kräftiger als bisher gehaltenen Steuerzettels?“

Das ist grausam vernünftig gesprochen. Nur zwei Fragen mit Verlaub: 1. Was würde passiert sein, wenn eine bürgerliche Mehrheit die bezeichneten Wünsche abgelehnt oder „vertagt“ hätte? Antwort: Die Offenbacher Sozialdemokraten hätten Lohndruckansätze bekommen und lägen in Schimpfkrämpfen. Und 2. hat die Sozialdemokratie bei Stellung ihrer Anträge zur Reichsversicherungsordnung auch einmal gefragt, „woher denn schließlich all das Geld genommen werden solle“? Das hat sie nicht getan. Aber die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag haben es getan. Dafür wurden sie dann von der Sozialdemokratie in gemeinlicher und niederträchtiger Weise beschimpft und in den Rot gezogen.

### Literarisches.

Zur Praxis an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Der Gewerbeverein christlicher Bergleute hat unter diesem Titel im Christlichen Gewerkschaftsverlage eine Broschüre erscheinen lassen, die im wesentlichen eine Gerichtsverhandlung wiedergibt. Der „Bergknappe“ hatte einem Artikel Aufnahme gewährt, der von einem Studenten geschrieben war. Der Student hatte einer Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung beigewohnt und war empört über die hier den Arbeitern zuteil werdende Behandlung. Das Düsseldorf'sche Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, bezw. dessen Vorsitzender, sah sich durch den Artikel beleidigt. Die Staatsanwaltschaft erhob deshalb gegen den Redakteur Inbusch Klage. Am 23. April wurde der Beklagte zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Die höhere Instanz hat letztlich das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und auf Freisprechung erkannt. Zur Behandlung der Arbeiter an den Schiedsgerichten und zur hier und da mangelnden Objektivität bringt die Broschüre reichhaltiges Material. Ihre Anschaffung kann deshalb nur empfohlen werden. Der Preis der 42 Seiten starken Broschüre stellt sich ohne Porto auf 10 Pfennig pro Stück.

### Adressenveränderungen.

Hausver. R. Karl Bede, Lützstraße 11.  
 Landwirt. R. Xaver Maierhofer, Mühlenstraße 71.

### Nützigen der Zahlstellen.

#### Hamburg.

Am 15. März d. J. befinden sich Büro und Schreibstube unserer Zahlstelle: Bremerstraße 12. Fernsprechanschl.: Gruppe 5, Nummer 1478. Der Arbeitsnachweis ist gratis und köstlich, werktags von 7 bis 8 Uhr abends, Sonntag von 11 bis 12 Uhr nachmittags. Die Besichtigung der Unterkünfte erfolgt am die gleiche Zeit auf dem Büro.

### Eingelagerte Möbelschleifer

Die vollständig nach Zeichnung erhaltene Baracken, nicht mehr 2 Jahre alt, sowie

### mehrere Bildhauer

die besten Möbelschleifer, für hässliche Arbeit nicht schüchtern. Besondere schöne Aufträge werden

Arbeitsnachweis des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter, Zahlst. Hamburg, Bremerstraße 12.

### Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

#### TAGES-KURSE FÜR SCHREINER



(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerblich. Gesetzeskde., Stil- u. Formel. Mat., Werkz., Maschinenkde., Freizeitsp., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meistertitel kann in der Schule angefertigt werden. ENTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 37. Der Direktor: ZILLMER.

### 2 ältere, tüchtige Tischler

auf dem Möbel bei besonderer Beschäftigung sofort gesucht.

H. Wähler,

Endwiegstraße 1, Neulb.

### Tücht. Tischler und Polierer

für feine elektrische Holzwaren finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung bei

Hug. Rappermann, Holzwarenfabrik und Kunsttischlerei, Billen i. Sa.

### Eingelagerte Sommer für Kleider, Mäntel und Füllungen

Entsch. Müller, Harzen, Heiderberg, Theaterstraße 7.

Arbeitsnachweis des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter, Zahlst. Hamburg, Bremerstraße 12.

### Wagnerei-Einrichtung

samt Holzvorräten in verkehrreicher Stadt Ober-Schwabens billig zu verkaufen. Werkstätte kann gemietet oder gekauft werden.

Offerten unter F. F. 102 sind zu richten an die Geschäftsstelle des Blattes.

### Drechslergehilfe

findet sofort oder später in Paris Stellung. Tagelohn 7 Fr. oder Stülhohn. Dauernde Posten. Briefliche Anfragen an die

Christliche Gewerkschaft, Boulevard Grenelle 96, Paris.

Empfehle mich den Mitgliedern der Zahlstelle Deynhäusen des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter zur

Anfertigung feiner Damen- und Herrengarderobe.

Für tabellosen Sitz und gute Verarbeitung bei billigen Preisen, Garantie.

Fritz Krähölter, Niederbessen 524 bei Bad Deynhäusen.